

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

23 (7.6.1950)



Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 4 ist der Bundesbahn gewidmet. Wir besuchten den Umfahnhof für Güter in Bielefeld. Das Bild hier zeigt eine große Halle für Güter.

Kartelle mit staatlichem Segen

Landwirtschaftsminister Erhard erklärte vor einigen Tagen: Eine neue Wettbewerbsordnung ist erforderlich, da dann das Verlangen nach Kartellen nachlasse. Sehen wir uns demgegenüber die gräuelhaften Tatsachen an. Nehmen wir dazu zwei wirtschaftspolitisch ganz ausserordentliche Beispiele: den Plan eines deutschen Agrarkartells und den Plan eines Verkehrsartells.

Der Bundesernährungsminister will immer weiter eine ständige Regelung des agrarwirtschaftlichen Güterverkehrs durchführen. Er will die Bauern zwingen, die Milch nur an bestimmte Stellen abzuliefern und will die Preise hinsten und wann regulieren. Nebenbei: Er spricht gar nicht davon, daß wir Deutschen gern einmal wieder wirkliche Vollmilch trinken wollen; trinkt man heute im Urlaub einmal auf dem Lande ein Glas Milch, dann weiß man erst, was Milch ist und man meint, wir wären noch in der tiefsten Butterknappheit, wenn man an das Glas Milch zurückdenkt, das man in der Stadt bekommt. Von Recht, das mal dir geboren, davon ist leider nie die Rede! — frei nach Goethe.

Im Kartell ist kein Unterschied. Auch hier müssen ein paar klare Worte gesprochen werden. Es geht im Zuge der Freiheit unserer Wirtschaft nicht mehr an, daß jede Omnibuslinie genehmigt werden muß. Es muß jeder, der das Geld hat, einen Omnibus zu kaufen, ohne Genehmigung berechtigt sein, eine Linie zu fahren. Auf der anderen Seite geht es genau so wenig an, die Bundesbahn zu zwingen, bestimmte Linien weiterzubetreiben, die notwendig unrentabel sind. Weder Genehmigungszwang noch Betriebszwang passen in eine freie, vor allem aber kartellfreie Wirtschaft hinein. Das wirklich reichlich verstaubte Argument der Fehlinvestitionen sollte auch Herr Busch nicht mehr benutzen. Zu einer freien Wirtschaft gehört das Risiko und in jedes Risiko ist eingeschlossen, daß auch einmal Kapital verloren gehen kann. Macht etwa die Bundesbahn keine Fehlinvestitionen? Sind unrentable Strecken keine Fehlinvestitionen? Warum nicht die Lastwagen-Kartelle der Bundesbahn a. B. Fehlinvestitionen? Das dort verlorene Kapital ging der Allgemeinheit verloren, das in einem privaten Verkehrsbetrieb investierte Kapital geht nur dem privaten Besitzer verloren. Warum weist man in diesem Fall Kreditkriterien und im anderen nicht? Entweder ist man der Meinung, daß im freien Markt der Kapital- der-Preise und der Leistungen die beste Bedienung des Kunden erreicht wird, oder man ist der Meinung, daß nur durch staatlich geregelte kartellähnliche Institutionen dem Volkswohl gedient wird. Warum sagt Herr Erhard: „nur die Unternehmenswirtschaft bringt der breiten Masse des Volkes Wohlstand“, wenn zwei seiner Ministerkollegen anderer Meinung sind?

Der Kartellgedanke mardert, wenn auch vorläufig noch nur mit dem Segen des Staates. Sogar Herr Erhard ist infiziert; denn seine neue Wettbewerbsordnung könnte sehr leicht tatsächlich Kartelle ersetzen, d. h. auf dasselbe hinauslaufen. Wie haben wir Wettbewerbsordnungen auch unsere Erfahrungen, und manche Wettbewerbsbestimmungen hat auch die antitruste Freiheit des Unternehmens und Einzelhändlers stark beschränkt. Herr Erhard wird Mühe haben, ein solches Wettbewerbsgesetz, die Klauseln herauszuhalten, die fündige Juristen so auslegen, daß praktisch kartellähnlicher Schutz herauskommt.

Der Kartellgedanke mardert, wenn auch vorläufig noch nur mit dem Segen des Staates. Sogar Herr Erhard ist infiziert; denn seine neue Wettbewerbsordnung könnte sehr leicht tatsächlich Kartelle ersetzen, d. h. auf dasselbe hinauslaufen. Wie haben wir Wettbewerbsordnungen auch unsere Erfahrungen, und manche Wettbewerbsbestimmungen hat auch die antitruste Freiheit des Unternehmens und Einzelhändlers stark beschränkt. Herr Erhard wird Mühe haben, ein solches Wettbewerbsgesetz, die Klauseln herauszuhalten, die fündige Juristen so auslegen, daß praktisch kartellähnlicher Schutz herauskommt.

Wir wollen nicht mißverständen werden. Wir haben uns immer für die Freiheit der Wirtschaft eingesetzt, und wir sind mit Herrn Erhard der Meinung, daß die Unternehmenswirtschaft der breiten Masse des Volkes Wohlstand bringe. Aber die Tendenzen gehen nicht dahin. Dies muß festgestellt werden. Und der Staat ist der Stützpunkt auf Kartelle hin, beginnend bei der Landwirtschaft und dem Verkehr und aufsteigend bis zum Preis für Kohle, Eisen und Metall. Und die Argumente für diese Preisbindungen sind zugrundeliegend als die Argumente von Herrn Erhard. Nur Inkonsistenz ist diese Wirtschaftspolitik. Es gibt nur eine freie Marktwirtschaft ohne jede Ausnahme, oder es gibt Kartelle mit staatlicher Begünstigung besser als staatliche. Man kann aber nicht den Best der freien Wirtschaft zwischen dem staatlich sanktionierten Kartell und der freien Wirtschaft trennen. Das ist das einzige, was nicht geht, aber dies wird a. Z. in Deutschland versucht. II.

Wir wollen nicht mißverständen werden. Wir haben uns immer für die Freiheit der Wirtschaft eingesetzt, und wir sind mit Herrn Erhard der Meinung, daß die Unternehmenswirtschaft der breiten Masse des Volkes Wohlstand bringe. Aber die Tendenzen gehen nicht dahin. Dies muß festgestellt werden. Und der Staat ist der Stützpunkt auf Kartelle hin, beginnend bei der Landwirtschaft und dem Verkehr und aufsteigend bis zum Preis für Kohle, Eisen und Metall. Und die Argumente für diese Preisbindungen sind zugrundeliegend als die Argumente von Herrn Erhard. Nur Inkonsistenz ist diese Wirtschaftspolitik. Es gibt nur eine freie Marktwirtschaft ohne jede Ausnahme, oder es gibt Kartelle mit staatlicher Begünstigung besser als staatliche. Man kann aber nicht den Best der freien Wirtschaft zwischen dem staatlich sanktionierten Kartell und der freien Wirtschaft trennen. Das ist das einzige, was nicht geht, aber dies wird a. Z. in Deutschland versucht. II.

Erhöhte Garantie für Exportrisiko erst Mitte Juli

Der Plan der Bundesgarantie für das politische und fabrikatorische Risiko bei Auslandsgeschäften ist seit längerer Zeit ausgeschöpft. Mit Inanspruchnahme der nach der Abwicklung eines Geschäftes freiverwendenden Garantiesumme hat die Hermes-Gesellschaft noch einige Zeit in den dringenden Fällen helfen können. Inzwischen haben aber die Auslandsgeschäfte, nicht zuletzt als Folge der von der Bundesregierung geschaffenen Möglichkeit zur Finanzierung mittelfristiger und langfristiger Auslandsaufträge, so zugenommen, daß nicht mehr weiter zu kommen ist. Ansehend ist das vom Bundesrat bereits verabschiedete Gesetz zur Erhöhung der Garantiesumme im

Auch heute müssen wir unsere Wochenübersicht mit hochpolitischen Nachrichten beginnen. Es zeichnen sich am Horizont Gefahren auf, die vom Golde her kommen. Die Goldkäufe in Frankreich, die wir in dem Auslandsbürosbericht unserer vergangenen Ausgabe bereits erwähnt, ist nicht zufällig entstanden. Es ist sicher, daß Sowjetland Gold verkauft hat und daß dies die tiefere Ursache für die Goldkäufe geworden ist. Es sind auch prangt daraufhin in den letzten Tagen bereits wieder Gerüchte aufgetaucht, es bestünde die Absicht, den Dollar abzuwerten. Man will mit Sicherheit erfahren haben, daß das nordamerikanische Schatzamt beabsichtige, den Goldpreis an den freien Goldmärkten durch große Verkäufe über Millionenbillionen herabzusetzen. Es wäre unklar, in dieser Entwicklung, achtsam vorbeugehen. Wohl hat das Interesse an Gold und am Goldpreis in der wirtschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre nicht mehr die Rolle gespielt wie früher, und man hat daran auf die Gefahren nicht mehr geachtet, die von der hohen sowjetrussischen Goldproduktion kommen können. Im Frieden hat man darauf sehr geachtet, und es ging immer das Risiko, das im Falle einer sowjetrussischen Goldproduktion, daß Russland mindestens der drit-

größte, wenn nicht der zweitgrößte Goldproduzent der Erde ist — wir wissen es eben nicht genau. Und es ist sicher, daß Sowjetland große Mengen Goldes gehortet hat. Wenn dieses Gold in das Spiel des kalten Krieges hinein geworfen wird, dann entstehen Gefahren, die unabweisbar sind. Wollt man sich die „Mittelmeer“-Grenze ansehen, über die jetzt große Goldverkäufe getätigt werden sollen. Auch das Fort Knox könnte auf kaltem Wege ausverkauft werden. Es ist ganz klar, daß der Rückgang des Goldpreises in Paris zur Folge hat die Händler werden ihre analogen Notie auflösen und es wird noch mehr Gold auf den Markt kommen. Es ist auch richtig, daß der französische Franken, wie Bankiers der New Yorker City erklärte, jetzt schon als Hartwährung angesehen werden kann. Weiter geht hierher die Feststellung, daß am 11. Mai de. J. zum erstenmal in Paris die Angliederung der freien Dollarnotierung an die amtliche Notierung vollzogen wurde.

Dies ist ein weiterer Schritt, der die europäische Zahlungsunion möglich macht. Die französische Nationalversammlung hat überdies am Montag dem Präsidenten der Republik ermächtigt, Frankreich an der kommenden europäischen Zahlungsunion zu beteiligen.

Der Segen der Erde — aus der UdSSR

Moskau zeigt Lieferfähigkeit — Ist der „rote“ Weizen nicht genuh?

Der Moskauer Besuch Gunnar Myrdale, des Sekretärs der UN-Wirtschaftskommission, der am 2. Juni als Wirtschaftsminister Schwedens im Moskauer Besuche die Sowjetunion verließ, hat wieder einmal das Problem des Ost-West-Handels in den Vordergrund gerückt. Myrdale äußerte nach seiner Rückkehr aus der russischen Hauptstadt, daß es hinsichtlich der Möglichkeiten einer Wiederaufnahme des Handels zwischen West- und Ost-Europa „weniger mutig“ sei, gleichzeitig gab der sowjetische Delegierte auf der Generalkonferenz der ECE die überraschende Erklärung ab, daß die Sowjetunion bereit sei, mit den westeuropäischen Ländern ein Getreide-Abkommen abzuschließen. Es ist bekanntlich hat man schon vor anderthalb Jahren in dem gleichen Gremium sich mit dem gleichen Wort für die Ausweitung des Ost-West-Handels eingesetzt und seine Dringlichkeit und Bedeutung hervorgehoben. Daß in der abgelaufenen Zeit trotz vieler — vielleicht auch ganz berechtigter — Vorwürfe von Seiten der Wirtschaftskommission nicht erreicht wurde, ist bekannt. Jedenfalls haben der Westen, so man sich nicht durch die sogenannten Speerlinien, ganz zu versagen.

Man sieht also, daß das sowjetische Angebot dem Westen keine Freude bereitet, vor allem weil Russland das Abkommen vorwiegend auf Getreidelieferungen basieren und dadurch, wie Dabau betonte, in die europäische Wirtschaft ein neues Element einführen. Eine Zustimmung wäre viel eher zu erwarten, wenn gewisse Einzelheiten über die Ausdehnung dieses russischen Exporte gegeben würden. Die fran-

zösischen Weizenbauern würden jedenfalls ihr Aufsehen tun, daß in erster Linie ihre Überlegenheit des westeuropäischen Weizenanbaus vermindert. Während die UN-Wirtschaftskommission in Genf tagt und sich vornehmlich mit den Möglichkeiten zu einer Ausweitung des Ost-West-Handels befaßt, beschäftigt sich der Kongress der „International Federation of Agricultural Producers“ (IFAP) in Stockholm bei Stockholm mit der Frage der Überproduktion bestimmter landwirtschaftlicher Produkte und der Verdrängung der Überproduktion an. Länder mit Fehlbeträgen, Russland ist kein Mitglied dieser Föderation und ist in diesem Zusammenhang weder in Betracht gezogen noch erwähnt worden. Es dürfte also kein allzu großer Spielraum für Lieferungen von Getreide aus der Sowjetunion und ihrer Einflusssphäre nach dem europäischen Westen verbleiben, insbesondere nicht nach dem Marshall-Plan-Ländern, obwohl dieser Weg geeignet wäre, die Dollarlücke des Westens zumindest etwas zu mildern.

Das Angebot der Russen überrascht den Westen nicht, sondern ist nur ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Sowjetunion hat sich schon vor anderthalb Jahren in dem gleichen Gremium sich mit dem gleichen Wort für die Ausweitung des Ost-West-Handels eingesetzt und seine Dringlichkeit und Bedeutung hervorgehoben. Daß in der abgelaufenen Zeit trotz vieler — vielleicht auch ganz berechtigter — Vorwürfe von Seiten der Wirtschaftskommission nicht erreicht wurde, ist bekannt. Jedenfalls haben der Westen, so man sich nicht durch die sogenannten Speerlinien, ganz zu versagen.

Man sieht also, daß das sowjetische Angebot dem Westen keine Freude bereitet, vor allem weil Russland das Abkommen vorwiegend auf Getreidelieferungen basieren und dadurch, wie Dabau betonte, in die europäische Wirtschaft ein neues Element einführen. Eine Zustimmung wäre viel eher zu erwarten, wenn gewisse Einzelheiten über die Ausdehnung dieses russischen Exporte gegeben würden. Die fran-

Der Papsi gegen das Mitbestimmungsrecht

Gegenüber dem Internationalen Kongress für Sozial-Forschung und gegenüber dem Europäischen Kongress der Internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung bezeichnete am 4. Juni der Papsi den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als das zentrale Problem der Gegenwart. Er warnte davor, sich auf Nebenprobleme ablenken zu lassen.

In diesem Zusammenhang kam der Papsi auf Fragen der Sozialordnung zu sprechen. Er wies darauf hin, daß Störungen in der von der Arbeiterschaft geschaffenen Sozial-Politik die sind, die Irrsinnig auf einen Teil des Kapitals zu verdrängen drüben, nämlich die Kollektivität in der Wirtschaft. Soziale Denkmäler sind die Wirtschaft. Soziale Denkmäler sind die Wirtschaft. Soziale Denkmäler sind die Wirtschaft. Soziale Denkmäler sind die Wirtschaft.

In dieser Nummer

- Schwedisches Zwangsplanung gegen Deutschland
- ECE gegen Aufspaltung Europas
- Bank deutscher Länder / Geschäftsbericht 1949/50
- Englands Weiblichindustrie gegen Regierungskontrolle
- Europa in Erwartung der USA-Touristen
- Belgien und der Schuman-Plan
- Weitzinkwirtschaft

So denkt Europa

Über die Londoner Stellungnahme zum Schuman-Plan ist selbst die Schweiz, die sich jeweils zu internationalen Problemen sehr nachsichtig und zurückhaltend zu äußern pflegt, äußert erbost. So schreibt die schweizerische Zeitung „Die Tat“ u. a.: „Da man in London die ganze Größe und zeitliche Nähe der russischen Drohung für Kontinental-Europa nicht sehen will, bis der erste Kosak seinen Gaul am Hochaltar von Notre Dame füttert, werden die politischen Ziele des Schuman-Planes unter den britischen Staatsmännern nur Gegendruck zogen. Am riskanten Entschluß London, den Schuman-Plan zu erwägen, sollte man in Paris lieber nicht zweifeln. Der Weg zu diesem Ende ist klar: England wird zuerst verhindern, daß die deutsch-französische Zweier-Heimfront zusammenkommt, indem es sich als Stützpunkt in das erste Stadium der Verhandlungen einschaltet. Dann wird es mit indianischer Grausamkeit das Projekt zum Kommissions- und Ausmaß-Teil verurteilen, wobei ihm in monetarischer Zusammenarbeit alles Lebenstakt abgezogen wird, bis nur noch ein blasses Geespen übrigbleibt, das schließlich unter schillernen Konferenzen-Dünen verschwindet.“

Gewiß ist es keine wichtige Stimme, aber sie sagt treffend, was der Europäer denkt. Ob diese Stimme in London Gehör findet, ist zweifelhaft; dort hat man, scheint, vergessen, daß man sich einst in der Stunde großer Gefahr mit Frankreich verurteilt hatte. Allerdings hatte England damals einen großen Staatsmann.

dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als des größten und zentralen Problems der Gegenwart.

Zu der heutigen Rede von Papsi Pius XII. hinsichtlich der Frage des Mitbestimmungsrechtes nehmen maßgebliche westdeutsche Industrielle bereits Stellung. Sie haben hervor, daß der Papsi schon in seiner Rede vom Mai 1949 vor der Internationalen Union der Katholischen Unternehmerverbände den Standpunkt der katholischen Kirche dahin festgelegt hat, daß innerhalb des Betriebes der Unternehmer bzw. die von ihm Beauftragten als die erste berufliche persönliche Träger von Initiative und Verantwortung angesehen werden müssen.

Wenn heute der Papsi vor Vertretern der Internationalen Gewerkschaftsbewegung auf dem Kongress für Sozialforschung betonte, daß das Mitbestimmungsrecht in keiner Weise naturrechtlich verankert sein kann, so liegt hierin ein fundamentaler Gegensatz zu dem Beschluß des Bochumer Katholikentages, der zu einem späteren Zeitpunkt gefaßt wurde. In ihm wurde niedergelegt, daß das uningeschränkte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer Naturrecht sei. Dieser Beschluß stimmt somit mit der Ansicht des Vatikans nicht überein und könnte deshalb auch nicht mehr als offizielle Meinung der katholischen Kirche angesehen werden.

Aus dem Ausführungen Papsi Pius XII. dürfte hervorgehen, daß es ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer im Betrieb nicht geben könne, da es dem inneren Notwendigkeiten nicht entspreche, die grundlegenden Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu regeln.

Somit sei, so wird betont, eine eindeutige offizielle Stellungnahme der katholischen Kirche zur Frage des innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes erlassen, die während Unklarheiten bei den deutschen Katholiken auszuräumen und auch für die weiteren Verhandlungen der Sozialpartner von besonderer Bedeutung sein werde.

BANK DEUTSCHER LÄNDER

Der erste Geschäftsbericht für die Jahre 1948 und 1949

Die Bank deutscher Länder veröffentlicht zum erstenmal einen Geschäftsbericht und zwar für die Jahre 1948 und 1949 zusammen. Es war Voraussetzung, daß das Direktorium sich bemühen würde, im ersten Teil dieses Berichts die Richtigkeit ihrer Währungspolitik zu beweisen. Die Art, in der die Parallelen zwischen wirtschaftlicher und monetärer Entwicklung dargestellt werden, können überzeugend, aber die Not und Sorge der Wirtschaft sind nicht zu spüren, und für die teilweise wirklich unerschütterlichen Einschränkungen ist die sachliche Begründung unseres Erachtens nicht immer ausreichend. Von den sachlichen Gründen der Währungsreform wird nicht gesprochen. Es ist auch verfehlt, zu behaupten, „das Publikum hat das Vertrauen ins Geld trotz der schweren Nachkriegslage, weitestgehend wiedergewonnen“ und diese Behauptung zu beweisen mit dem Steigen der Sparanlagen, dem Ansteigen des Lebensversicherungsvolumens und der Hausparverträge. Erstens ist die Sparfähigkeit immer noch im Verhältnis zu früher sehr gering, während die Konsumkraft schon wieder sehr groß geworden ist, zweitens läßt sich die Notwendigkeit zu sparen gar nicht umgehen, Jeder, der nicht auf eine Rente im Alter hoffen kann, muß sparen, ob er will oder nicht, ob er Vertrauen zur Währung hat oder nicht. Auch der Satz „Die neue Währung hatte vertrauensmäßig einen guten Start“ gilt nur für die Männer und Frauen, die zum Zeitpunkt der Währungsreform in Arbeit und Brot waren, nicht aber für die Millionen von Entrechteten.

Sehr vorsichtig geht der Bericht mit der Jeta um — viel zu vorsichtig. Es wird nur an einer Stelle eine laise Kritik angedeutet, nämlich die Jeta bis Anfang 1949 nur einen relativ kleinen Teil der durch die Ausfuhr verdienten Devisen freizugeben — also zu einem Zeitpunkt als wir die Devisen wesentlich dringender brauchen als heute. Auf die — auch finanziell — sehr unangenehm wirkende Art der Geschäfte, der Jeta geht der Bericht nicht ein. Es ist auch heute noch nicht der Zeitpunkt gekommen, die Geschäfte der Jeta einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen. Aber auch dieser Zeitpunkt wird kommen.

Wir wollen der BDL dankbar sein, daß sie in ihrem Bericht auf die dramatischen Steuersätze hinweist, durch die „ein beträchtlicher Teil der sonst für Sparzwecke verfügbaren Einkommen laufend der öffentlichen Hand fließt“.

Den Absatz über die „Politik des leichten Geldes“ wollen wir mit Schwellen übergehen. Er enthält einige, gelinde gesagt, Unklarheiten, und was wichtiger ist, der Erfolg blieb ja auch aus. Interessanter ist die Forderung, die die BDL erhebt, als sie den Anstieg von Ausgleichsforderungen als Haftensicherungsmittel ermöglichte. „Diese Forderungen sind jedoch nur zögernd in Anspruch genommen worden.“ Den wahren Grund dafür hat die BDL zweifellos gefunden.

Eigenartig wirkt auch die Begründung der BDL für den starken Einfluß, den sie bringt in nämlich mit der stärkeren Abwertung des Pfundes und anderer Währungen gegenüber der D-Mark in Zusammenhang. Das ist aber u. E. nur ein Grund und nicht einmal der stärkere. Vielmehr war das Preisniveau in Deutschland, nach der Währungsreform scharf in die Höhe gezogen und stieg auch nach der Abwertung der D-Mark noch. Das war der Grund für das große Interesse des Auslandes, nach Deutschland zu importieren.

Wir gehen völlig einig mit der BDL, wenn sie über die währungspolitische Lage Ende 1949 schreibt: „Die binnenwirtschaftliche Situation erscheint zweifellos am günstigsten, die konjunkturelle Kreditpolitik, obwohl die konjunkturellen Wirkungschancen der Notenbank nicht überschätzt werden dürfen, wenn sie nicht durch eine zweckmäßige allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützt werden.“ Zu einer großzügigeren Wirtschaftspolitik hat sich die BDL inzwischen ja entschlossen, aber der eben zitierte Satz verlangt doch eine Klarstellung. Die Bundesregierung hat nur sehr bedingt Einfluß auf die Politik der BDL und die BDL hat hier und da die Wirtschaftspolitik der Regierung wenn nicht durchkreuzt, so doch mindestens gehemmt. Die Wirtschaftspolitik wird auf Grund einer demokratischen Willensentscheidung bestimmt, die Notenbank-Politik ist nicht an die innenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung gebunden, sondern hat sich nach den Verfügungen zu richten, die die Grundgesetze dieser Institution bilden und die dem Einfluß der Bundesregierung unterliegen sind. Es wäre unrichtig, wenn die BDL verlangen würde, daß die Wirtschaftspolitik entsprechend ihrer Kreditpolitik zu verfahren habe.

Wir haben nun aus dem Geschäftsbericht das Kapitel 2, das die Überschrift: „Geld, Kredit, Banken“ trägt, ausgewählt, um unseren Lesern die Entwicklung des Geld- und Kreditvolumens seit der Währungsreform zu zeigen — eine zweifellos interessante Zusammenstellung. Die nun folgenden Abschnitte sind wörtlich aus dem Bericht entnommen:

Das gegenwärtige Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet entstammt in der Hauptsache drei Quellen: den sogenannten Erstaussstattungen, der Umwandlung von alten RM-Einlagen und der Kreditschöpfung der Banken.

Gesetzliche Geldschöpfung

Die beiden erstgenannten Quellen bilden die „gesetzliche“ oder „buchhalterische“ Geldschöpfung auf Grund der Währungsreform. Alle natürlichen und juristischen Personen, die öffentliche Hand und die Militärregierung erhielten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen eine „Erstaussstattung“ mit neuem Geld. Der Gesamtbetrag dieser gemäß Währungsgesetzgebung ausgesetzten „Erstaussstattungen“ belief sich auf rund DM 6,7 Mrd. Mit Ausnahme der 1. Rate des Kopfbetrags — rund DM 1 Mrd. — hat dieser Betrag in wesentlicher Höhe nach der Geldreform nur Verfallens gestanden. Von besonderer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der Geldversorgung war dabei, daß alle diese gesetzlichen Erstaussstattungen in vollem Umfang in Zentralbankgeld, d. h. entweder in bar oder durch Gutschrift auf Girokonten beim Zentralbanksystem oder — im Falle der Gutschrift auf Konten bei Geschäftsbanken — unter voller Erstattung des Gegenwertes durch das Zentralbanksystem gewährt wurden.

Die zweite große Quelle der gesetzlichen Geldschöpfung lag in der Umwandlung der RM-Bank- und Sparanlagen der Nichtbankkundschaft in DM — mit Ausnahme solcher der öffentlichen Hand. Der Umwandlungssatz betrug ursprünglich 10:1, wobei die eine Hälfte auf Freikonto, die andere auf Festkonto gutgeschrieben war. Das Ende September 1948 erlassene 4. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens setzte jedoch die Umwandlungssätze nachträglich auf 100:60 herab, indem es sieben Zehntel des bisherigen Festkontos strich, zwei Zehntel zur Übertragung auf Freikonto freigab und ein Zehntel auf „Anlagekonten“ zunächst festhielt. Die Umwandlung der Bankanlagen war infolge ihrer teilweise Abhängigkeit von einer finanziellen Überprüfung im ganzen ein verhältnismäßig langwieriger Prozeß, der im wesentlichen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 zum nahezu vollständigen Abschluß kam. Indessen sind auch aus dieser Quelle schon gleich nach der Reform namhafte DM-Beträge geflossen; denn im Rahmen der Sofortfreigabe konnten natürlichen Personen bis zu DM 250 und juristischen Personen sowie Vollkaufleuten bis zu 5 v. H. ihrer umwandlungsfähigen Altgeld - Guthaben freigeschrieben werden, ohne daß es der sonst vorgeschriebenen finanziellen Genehmigung bedürftig hätte. Bereits Ende Juli 1948 waren auf diese Weise aus der Umwandlung schätzungsweise 2,7 Mrd. DM verfügbar geworden, und diese Summe erhöhte sich bis Ende Dezember 1948 auf etwa 3,4 Mrd. DM. Im Laufe des Jahres 1949 sind aus der

Umwandlung schätzungsweise noch weitere 0,7 Mrd. DM geflossen, so daß Ende des Jahres 1949 aus der Umwandlung von RM-Guthaben bei Geldinstituten insgesamt etwa 4,2 Mrd. DM frei verfügbar; Bankguthaben und rd. 0,35 Mrd. DM Guthaben auf Fest- und Anlagekonten entstanden waren. Praktisch ist damit die Kontenwandlung bis auf unklare Einzelfälle abgeschlossen.

Die RM-Guthaben der Geldinstitute wurden im Gegensatz zu denen der Nichtbankkundschaft nicht in DM umgewandelt. Zum Ersatz erhielten die Banken eine Gutschrift bei der Landeszentralbank in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der endgültigen Beträge ihrer aus der Umwandlung entstehenden DM-Verpflichtungen. Für Sichteinlagen belief sich dieser Prozentsatz auf 15 v. H. für befristete Einlagen und Spareinlagen auf 7,5 v. H. Bereits vor der tatsächlichen Umwandlung der Einlagen erhielten die Banken unter Anrechnung auf diese erst nach Abschluß der Kontenwandlung abrechenbaren Ansprüche 1 v. H. des Nennbetrags ihrer RM-Verbindlichkeiten aus Kundenanlagen gutgeschrieben. Diese „vorläufige Liquiditätsausstattung der Geldinstitute“ machte in der Summe zunächst rd. 1 Mrd. DM aus. Sie wurde bei der vorerwähnten Teilstreichung des sogenannten Festkontos um den entsprechenden Betrag, nämlich um 35 v. H. gekürzt.

Die „Erstaussstattungen“ und die „Umwandlung von Bankanlagen“ werden zusammen als „gesetzliche Geldschöpfung“ bezeichnet, weil das Anmaß und zum Teil auch das Tempo dieser Geldschöpfung in den Währungsgeboten von vornherein festgelegt waren. Den Gegenpart dieser gesetzlich geschaffenen Geldmenge — Bargeld und Buchgeld — in den Bilanzen der Banken bilden die sogenannten „Ausgleichsforderungen“ gegen die öffentliche Hand, die zu fast 60 v. H. in der Bilanz des Zentralbanksystems, mit dem Rest in den Bilanzen der Geschäftsbanken stehen. Einen ungefähren Überblick über den zeitlichen Ablauf der gesetzlichen Geldschöpfung gibt die nachstehende Tabelle. Sie zeigt, daß bis Ende Dezember 1948 ohne die erwähnte Liquiditätsausstattung der Banken insgesamt rd. 12,9 Mrd. DM frei verfügbar und 6,35 Mrd. DM beschriftet verfügbares Geld — zusammen also 19,25 Mrd. DM aus der gesetzlichen Geldschöpfung geflossen sind. Das waren etwa 50 v. H. des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Gesamtvolumens.

Die Entwicklung der gesetzlichen Geldschöpfung

| Stand am Monatsende | Erstaussstattungen | | Umwandlung von Altgeldguthaben | | Gesetzliche Geldschöpfung insgesamt (Spalte 3-5) |
|---------------------|--------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------|--|
| | in Mill. DM | in Mill. DM | Frei-Konto | Fest- und Anlage-Konten | |
| 1. Juli 1948 | — | — | — | — | — |
| September | 2.500 | 1.000 | 1.250 | 2.250 | 3.500 |
| Dezember | 2.500 | 2.700 | 1.250 | 2.250 | 6.700 |
| 1. März 1949 | 3.400 | 2.200 | 1.700 | 300 | 7.500 |
| Juni | 3.400 | 2.200 | 1.700 | 400 | 7.700 |
| September | 3.400 | 2.200 | 1.700 | 400 | 7.700 |
| Dezember | 3.400 | 2.200 | 1.700 | 400 | 7.700 |

A. Auswirkung der Streichung von 75 v. H. der Festkonten.

Geldschöpfung durch Kreditgewährung

Zu der gesetzlichen Geldschöpfung kam als weitere Hauptgeldquelle die kurzfristige Kreditgewährung des Bankensystems hinzu. Sie war anfangs im Verhältnis zur gesetzlichen Geldschöpfung von nur geringem Gewicht; denn im ersten Monat nach der Währungsreform, d. h. bis Ende Juli 1948, sind nur etwa DM 1,4 Mrd. Bankkredite, aber DM 5,5 Mrd. Erstaussstattungen und DM 2,7 Mrd. frei verfügbare Umwandlungsbeträge entstanden. Von Anfang August bis etwa Ende Oktober 1948 waren die Kredite und die gesetzliche Geldschöpfung mit je etwa DM 2,8 Mrd. annähernd gleich groß. Im weiteren Verlauf trat die gesetzliche Geldschöpfung gegenüber der kreditären mehr und mehr in den Hintergrund. Etwa seit der Mitte des Jahres 1949 spielte die gesetzliche Geldschöpfung praktisch keine Rolle mehr.

Die Entwicklung der Kreditgewährung

| Stand am Monatsende | Kredite der Geschäftsbanken | | Kredite der öffentlichen Hand | Gesamt |
|---------------------|-----------------------------|-------------|-------------------------------|--------|
| | in Mill. DM | in Mill. DM | | |
| 1. Juli 1948 | 1.200 | 4 | 1.204 | |
| September | 1.200 | 44 | 1.244 | |
| Dezember | 1.000 | 114 | 1.114 | |
| 1. März 1949 | 1.551 | 173 | 1.724 | |
| Juni | 1.907 | 400 | 2.307 | |
| September | 2.000 | 304 | 2.304 | |
| Dezember | 2.000 | 417 | 2.417 | |

*) Nach der monatlichen Bankstatistik — Kontokorrent, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite an die Nichtbankkundschaft.

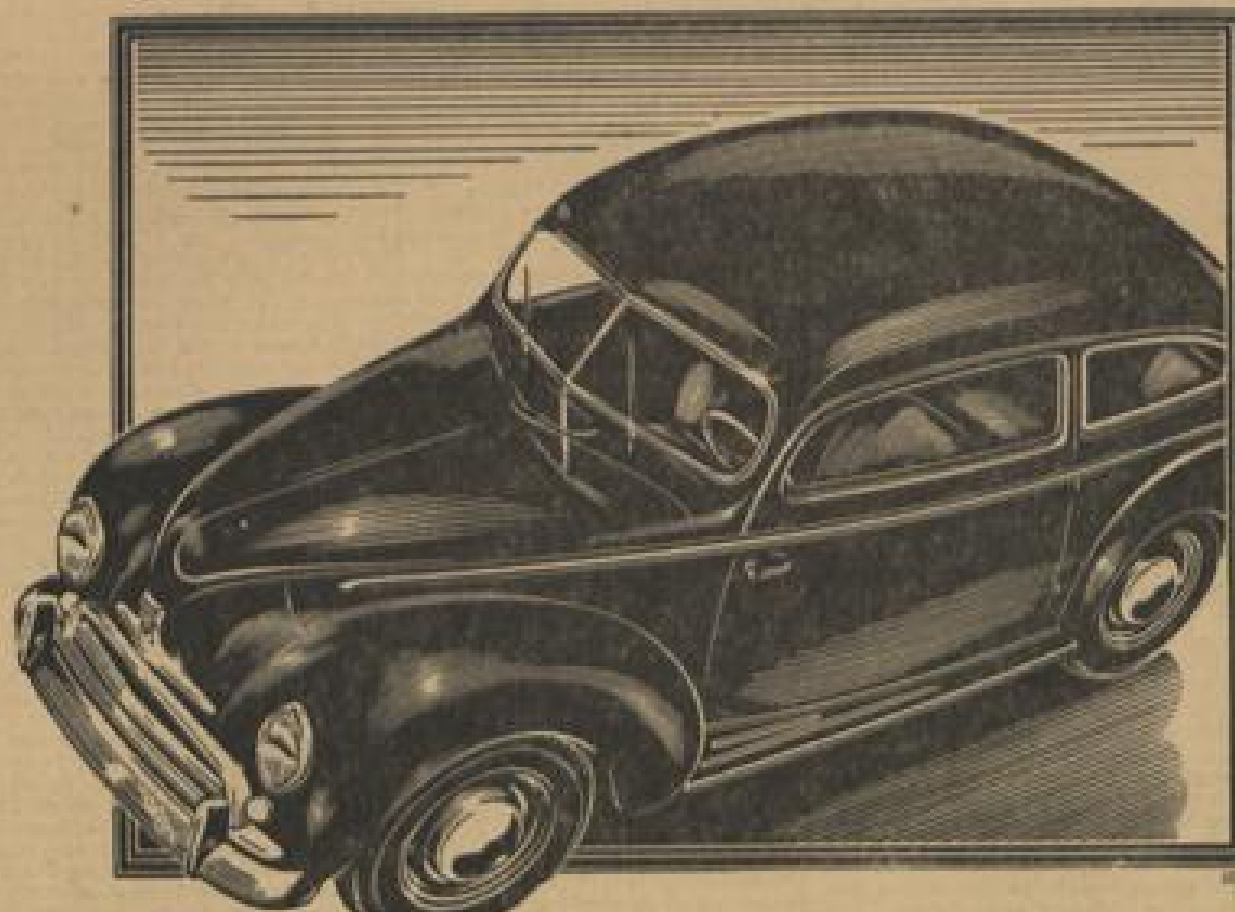
*) Nach den zusammengefaßten Aussagen der BDL und LZB — Scheckverfall und kurzfristige Scheckanweisungen, Kassenscheine, Leihkredite an die öffentliche Hand gegen Scheckwechsel und kurzfristige Scheckanweisungen, von Versicherungsgesellschaften und Hausparverträgen angegebene Auszahlungsbeträge, und Direktkredite an Wirtschaft und Private.

Insgesamt hatten die Kreditinstitute der öffentlichen Hand — ohne Bank- und Bankkredite — von der Währungsreform bis Ende Dezember 1948 rund DM 4,7 Mrd. erreicht. Im Laufe des Jahres 1949 erhöhte sich ihr Volumen weiter um etwa DM 5,1 Mrd., davon DM 1,7 Mrd. in der ersten und DM 3,4 Mrd. in der zweiten Hälfte des Jahres. Die Kreditgewährung, die in der ersten Jahreshälfte 1949 relativ bescheiden war, beschleunigte sich so-

mit in der zweiten Jahreshälfte. Allerdings bedeutete diese Zunahme der Bankkredite, die seit dem Frühjahr 1948 durch die Zentralbankpolitik bewirkt wurde, keineswegs in entsprechendem Umfang eine gesteigerte Geldzirkulation. Vielmehr wurde seit der Mitte des Jahres 1948 als Folge der Passivität auch im kommerziellen Sektor des westdeutschen Außenhandels sowie in der zunächst nur zögernd in Gang kommenden Freigabe der DM-Gegenwerte für die devisenmäßig kreditierten Importe — counterpart funds — in wachsendem Maße Geld durch Devisenkäufe absorbiert bzw. bei der Bank deutscher Länder stillgelegt. Während nämlich der Kontenkomplex, der bei der Bank deutscher Länder für die finanzielle Abwicklung des Auslandsgeschäfts geführt wird, noch am 30. Juni 1948 einen Aktivsaldo von fast DM 600 Mill. aufwies, d. h. einen Auszahlungsbetrag in dieser Höhe zeigte — was vornehmlich mit dem ungeschicklichen Tiefstand der Einfuhren in den ersten Monaten des Jahres 1948 zusammenhängt —, waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 die Zahlungen der Importeure an die Bank deutscher Länder ständig erheblich größer als die gleichzeitigen Auszahlungen, die die Bank für Exporte sowie für Freigaben und sonstige Verfügungen aus counterpart funds zu leisten hatte. Am Ende des Jahres 1948 war auf diese Weise der Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder mit insgesamt DM 1,38 Mrd. passiv geworden. Neben anderen Posten waren hierin die von inländischen Banken bei der Bank deutscher Länder eingezahlten Gegenwerte für die im Ausland eröffneten Akkreditive mit DM 0,67 Mrd. enthalten.

Kombiniert man die Entwicklung der bankmäßigen Kredite im Laufe des ganzen Jahres 1948 mit der Bewegung des Saldos der bei der Bank deutscher Länder geführten Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts — soweit diese letztgenannte Bewegung nicht ausschließlich die Liquidität der Geschäftsbanken verminderte —, so ergibt sich, daß die Zuwachsrate der Geldversorgung im ersten wie im zweiten Halbjahr 1948 schätzungsweise nahezu gleich groß war — rund DM 2,1 Mrd. im ersten und etwa 1,5 Mrd. im zweiten Halbjahr.

Gut, weil FORD ihn baut!



TAUNUS Spezial 1950

Im neuen Kleid und technisch ansgeriffert stellt sich in diesen Tagen der Taunus Spezial 1950 dem deutschen Publikum vor.

Daneben will sich aber auch sein Bruder in Erinnerung bringen, der Taunus Standard.



Der verzichtet bewußt zu Gunsten seines geringeren Preises, der übrigens jetzt nochmals gesenkt werden konnte, auf manchen Luxus.

Und gerade das kommt der sachlichen Bestimmung dieses Gebrauchswagens zugute: ein Höchstmaß von Leistung bei einem Mindestmaß von Kosten zu bieten.

Für beide Wagen gelten die gleichen technischen Gebote, beide haben das gleiche Fahrwerk mit dem robusten bergfreundigen 34 PS Motor, der so wenig Benzin verbraucht, ja — beide haben alle lebenswichtigen Bauelemente gemeinsam!

Auf Grund der Erfahrungen eines Weltunternehmens wurden hier wiederum zwei Typen von hohem Wert geschaffen — ein Wert, der Ihnen durch den Ford Kundendienst viele Jahre lang erhalten bleibt.

Bevor Sie einen neuen Wagen kaufen, fahren Sie den Taunus und prüfen Sie ihn auf guten und aufschlechten Straßen. Jeder Ford Händler lädt Sie gern zu einer solchen Probefahrt ein.

Taunus Spezial 1950 DM 6 285,- • Taunus Standard DM 5 350,-

FORD

FORD-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Geldvolumen

Im Zusammenhang aller Geldquellen — der Erstaussstattungen, der Umwandlung von Altgeldguthaben in DM- Guthaben, der Kreditschöpfung des Bankensystems — unter Berücksichtigung des Außenhandels-Zahlungsvolumens — hat sich die Geldversorgung des westdeutschen Währungsgebietes nach der Währungsreform nach normalisiert. Bereits Ende des Jahres 1948 war wieder ein frei verfügbares Geldvolumen von reichlich DM 17 Mrd. — 0,35 Mrd. zurück.

einschließlich Spareinlagen — vorhanden, wozu noch gesperrte Beträge in Höhe von rund DM 0,75 Mrd. auf Fest- und Anlagekonten kamen. Bis Ende 1949 hat das frei verfügbare Geldvolumen den Betrag von rund DM 22,3 Mrd. erreicht. Das gesperrte Geldvolumen dagegen ging durch Übertrag auf Freikonto gemäß dem 4. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens auf Festkonten — und durch Wertpapierzeichnung bis Ende 1949 auf DM

Sparkassen und Wohnungsbaufinanzierung

Die Sparkassen im Bundesgebiet haben zur Finanzierung des Wohnungsbaus in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1950 Hypothekensummen in Höhe von über 370 Millionen DM erstellt und damit den ursprünglich für das Jahr 1949 vorgesehenen Gesamtbeitrag der Zuschüsse von 300 Millionen DM bereits nach den ersten vier Monaten um rund 22,5 % überschritten. Allein im Monat April wurden Zuschüsse in Höhe von 108 Millionen DM gegeben. An Hypotheken und Bauweckkreditverträgen wurden von den Sparkassen in der gleichen Zeit rund 109,6 Mill. DM ausgezahlt, davon 37,6 Mill. DM im Monat April. Die Auszahlungen machten damit 28,5 % der erzielten Zuschüsse aus.

Die Hypothekensummen und -auszahlungen verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt: (Zeitraum 1. 1. bis 30. 4. 50 in Mill. DM)

| Bundesland | Erzielte Zuschüsse | Auszahlungen |
|---------------------|--------------------|--------------|
| Sachsen/Thüringen | 1,8 | 0,2 |
| Hamburg | 11,4 | 1,1 |
| Niederrhein | 41,2 | 11,2 |
| Nord- und Westfalen | 101,4 | 21,4 |
| Bremen | 1,8 | 0,1 |
| Hessen | 17,4 | 4,8 |
| Württ.-Baden | 60,2 | 12,2 |
| Bayern | 60,2 | 20,2 |
| Rheinland-Pfalz | 19,4 | 5,4 |
| Baden | 14,4 | 5,4 |
| Württ.-Hohenzollern | 18,7 | 1,1 |

Entwicklung der Struktur des Geldvolumens

| Stand am Monatsende | Gesamtgeldvolumen (Bargeld und Festkonten) | | Frei verfügbares Geldvolumen (Bargeld und Festkonten) | | Zwischen in Ausgleichsforderungen angelegt, davon nicht ausgerechnet (Spalte 3-5) |
|---------------------|--|-------------|---|----------|---|
| | in Mill. DM | in Mill. DM | Bargeld | Buchgeld | |
| 1. Juli 1948 | 14.881 | 14.881 | 14.881 | — | — |
| September | 16.881 | 16.881 | 16.881 | — | — |
| Dezember | 18.881 | 18.881 | 18.881 | — | — |
| 1. März 1949 | 19.881 | 19.881 | 19.881 | — | — |
| Juni | 20.881 | 20.881 | 20.881 | — | — |
| September | 21.881 | 21.881 | 21.881 | — | — |
| Dezember | 22.881 | 22.881 | 22.881 | — | — |

*) ausschließlich der counterpart funds und der Passivkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts.

*) ohne „B“-Noten.

*) ohne Einlagen von Geldinstituten und ohne Währungsguthaben in den Geschäftsbanken.

Seiner Struktur nach bestand das Geldvolumen Ende 1949 zu etwa einem Drittel aus Bargeld und zu etwa zwei Dritteln aus Buchgeld. Diese Zusammensetzung des Geldvolumens weicht er-

heblich von der früherer Jahre ab. In dem der Anteil des Bargeldumsatzes an dem gesamten Geldbestand gewöhnlich bedeutend niedriger war. Die in Berlin ausgegebenen Zahlungsmittel (Noten mit „B“-Stempel) betragen Ende 1949 rund 400 Mill. DM. Der Anteil der befristeten Einlagen der Nichtbankkundschaft erhöhte sich bis Ende 1949 auf 18,1% und der Spareinlagen auf 22,2%.

Wir greifen auf:

USA-Oftentlichkeit mitgestimmt

Seit etwa einem Jahr ist die öffentliche Stimmung ungläubiger geworden. In den Zusammenhängen wird von nationalistischen Äußerungen berichtet unter Hinweis auf die Prozesse um Hjalmar Heder u. a. Man unterwirft, der Ost-West-Konflikt solle dazu herhalten, um für alle nationalistischen Wünsche Gehör zu finden. Es wird sogar das Gerücht verbreitet, die Rührindustrie verhandle mit dem Osten über eine Zusammenarbeit. Neuerdings wird auch sehr kritisch zu den westlichen Erörterungen, über das Mißbestimmungsrecht Stellung genommen. In der großen politischen Tagespolitik werden die Forderungen zur Mitbestimmung als ein Streben zur kommunistischen Kollektivführung der Unternehmern und als eine Extrapolat vor Kosten des amerikanischen Steuerzahlers hingestellt. Aber auch aus den Gespiden deutscher Industrieller mit amerikanischen Unternehmen und verschiedenen Äußerungen von Amerikanern, die auf verstärkte Geschäftsbeziehungen mit Westdeutschland Wert legen, geht hervor, wie verständnislos und abweisend die amerikanischen Kreise den deutschen Experimenten gegenüber stehen.

Allgemein wird betont, in den USA werde ein jeder für eine bestimmte Arbeit angenommen, die er zu erledigen habe. Niemandem falle es ein, darüber hinaus auch noch die Arbeiten eines anderen zu übernehmen, für die der andere bezahlt werde. Der Unternehmer müsse für einen genügenden Auftragsbestand und günstige Verkäufe sorgen. Auch müsse er gute Beziehungen zu den Betriebsangehörigen unterhalten, weil nur eine gute Mannschaftsarbeit Erfolge bringe. Mit den Gewerkschaften müsse er zusammenarbeiten, damit dies davon überstrahlt, Lohn und Gehälter des Unternehmens seien so hoch, wie es der Unternehmensertrag erlaube. Keiner würde jedoch dem Unternehmer die Verantwortung abnehmen wollen. Zu einer guten Zusammenarbeit als Voraussetzung für den höchst möglichen Nutzen aller, die an einem Unternehmen interessiert sind, komme man niemals, indem man dem Unternehmer Fesseln anlege, sondern nur, indem man jedem Mitarbeiter das Gefühl und die Gewissheit seiner Befähigung und seines Wertes gebe. Dies sei die Aufgabe des Unternehmers, und die Gewerkschaften könnten dies nicht erzwingen, wenn sie parteiisch mitbestimmen. Weiter wird gefragt, wie die Gewerkschaften die Interessen der Mitglieder wahrnehmen sollen. Eine Verantwortung haben sie lediglich gegenüber den Betriebsangehörigen. Diese Betriebsangehörigen würden es aber auch entscheiden absehen, ihr Geld dem Gewerkschaftsfunktionären anzuvertrauen.

In den USA wundert man sich, daß die Frage der Mitbestimmung zuerst in Deutschland so sehr erörtert wird und man fragt sich, ob die Deutschen keine andere Sorge haben. So sei doch zunächst zu überlegen, wie der Verdienst gesteigert werden könne. Den Amerikanern werde immer wieder berichtet, wie viel Milliarden die deutsche Wirtschaft noch brauche. Glaube in Deutschland jenseits erhaltbar, die amerikanischen Sparer würden ihr Geld im Inland anlegen, wenn die Verwendung dieser Gelder nicht von Geschäftleuten unter eigener Verantwortung bestimmt würde? Sollten z. B. Verbandsleiter der Gewerkschaften bei den Banken mitbestimmen, wer Kredite zu den ausländischen Guthaben zu erhalten habe? Dies könne ausschließlich Aufgabe des Bankleiters sein, der sich auf das Kreditvermögen verhalte und die wisse, welche Verantwortung er für die ihm von Ausländern anvertrauten Guthaben zu tragen habe.

Der amerikanische Hinweis, die Deutschen sollten sich nach dem Interessen, die sie besitzen, richten, ist ein Hinweis, daß sie nicht allein auf der Welt sind, sondern das Vertrauen der Welt neu erwerben müssen, um leben zu können, ist gewiß beachtenswert.

Grundgesetz und Lohnhöhe

Grundgesetz und Tragweite des Art. 3 Abs. 3 des Bonner Grundgesetzes sind zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern streitig geworden. Er lautet: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Da Art. 1 Abs. 3 des Grundgesetzes bestimmt: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege als unteilbar geltendes Recht“, inwiefern die Gewerkschaften, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau bereits geltendes Recht und in den privaten Arbeitsverträgen und in den Tarifverträgen zu berücksichtigen sei, so gebe der Frau einen Anspruch auf den gleichen Lohn wie dem Mann. Die Arbeitgeber sind anderer Ansicht und haben Prof. Dr. Walter Schötlitz mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens über den Einfluß des Grundgesetzes auf die nach dem 24. Mai 1949 geschlossenen Einzelarbeits- und Tarifverträge beauftragt.

Abschließend kommt Prof. Schötlitz zu dem Schluß, der Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes werde sich als ein Grundrecht ausschließlich an die Träger beruflicher Gewerbe, also an Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Dagegen greife er nicht in die Freiheitsbereiche des einzelnen ein. Schötlitz ist der Meinung, daß die Grundgesetze des Grundgesetzes des Art. 3 Abs. 3 keine besonderen Rechtsnormen erlasse, würden Rechtsgeschäfte des Privatrechts, die wie die Einzelarbeitsverträge und auch die Tarifverträge nach dem Grundgesetz der Vertragsfreiheit zustande kommen, von der Verfassungsbestimmung selbst nicht berührt. Die bisher vorgenommenen Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen seien offenbar in der Annahme geschieden, daß der Grundgesetz

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die im Bundesgebiet bei zahlreichen Wirtschaftsgütern bemerkbare Preissteigerung im Gegensatz zu der festen Haltung der internationalen Rohstoffmärkte trifft nach dem Holzmärktebericht des bayerischen Waldbesitzerverbandes von Ende Mai in besonderem Maße für den inländischen Schnittholzmarkt zu. Auf den weisen Hinweis nur schüchternen Ansätze einer Preissteigerung zu beobachten, obwohl im Ausland die Preise für Schnittholz und insbesondere für Faserholz und Zellstoff sehr fest lagen. Trotz der unbestrittenen Mangellage in der Holzversorgung und am Kapitalmarkt werden von den inländischen Verbrauchern sehr hohe Ansprüche gestellt, so daß die hochwertigen Sortimente flotten Absatz finden. Bei den geringen Qualitätsunterschieden dagegen die Lagerverhältnisse weiter an. Aus diesem Grunde wird gegen die nach Ansicht der Holzproduzenten auf Ersatz des Nisses im Hoch- und Grubeholz durch andere Rohstoffe gerichteten Tendenzen von der Holzwirtschaft energisch angesprochen. Am Rohholzmarkt ist die Lage unverändert.

Die Masse des verkauften Nadelstammholzes überstieg im April den hohen Umsatz des Vormonats bei Fichte-Tanne und Tanne um 25 Prozent, bei Kiefer sogar um 100 Prozent. Die Nachfrage nach Nadelstammholz hält an, wobei die Preise in Süddeutschland für Fichte-Tanne, Güteklasse B im Durchschnitt bei 108 Prozent, für Kieferstammholz B im Durchschnitt bei 114,5 Prozent und in den übrigen Ländern der Bundesgebiete bei 105 bis 110 Prozent liegen. Am Laubstammholzmarkt geht der Durchverkauf seinem Ende entgegen. Bei Eiche hat die Nachfrage merklich zugenommen. An Eichenstammholz sind für die vorverpackte Jahreszeit noch verhältnismäßig große Mengen unverkauft. Kanadisches Pappel-Stammholz hatte guten Absatz und befriedigende Preise. Bei den übrigen Laubbäumen sind Absatz und Preise normal. Für Grob- und Feinstholz besteht weiter Kaufinteresse.

In Württemberg-Hebeszonen ist die arbeitsmäßige Produktionsleistung der Industrie im April gegenüber dem Vormonat um vier Prozent gestiegen und hat den bis jetzt höchsten Stand erreicht. Nennenswert der Stahlbau, der Bergbau, Eisen und Erdöl, Fahrzeug- und Schiffbau, Energieerzeugung, Nahrungs- und Genussmittelherstellung und der Maschinenbau zeigen ein Anwachen der Produktion. Dagegen ist ein auffälliger Rückgang um 23 Prozent bei der Elektroindustrie festzustellen. Davon ist vor-

allem die Herstellung von elektrischen Nachschaltgeräten, umlaufenden Maschinen, Glühlampen und elektrischen Geräten betroffen. Auch die Textil- und Lederverarbeitende Industrie weisen Produktionsrückgänge auf. Der Gesamtumsatz (einschl. Handelsumsatz) im Exportgeschäft Württemberg-Hebeszonen belief sich im März auf 131 Mill. DM, geht aus Erhebungen der statistischen Landesämter hervor. Gegenüber dem Februar ergibt sich somit eine Steigerung um 37 Prozent. Bemerkenswert war die Zunahme der Ausfuhr nach den Benelux-Ländern, deren Anteil 24 Prozent der Gesamtausfuhr ausmachte, während die Exporte nach den Niederlanden 15 Prozent, Frankreich ebenfalls 15 Prozent, der Schweiz 11 Prozent, Italien 8 Prozent des Gesamtumsatzes betragen. Die Ausfuhr nach Mittel- und Südamerika, nämlich nach Argentinien, konnte gesteigert werden und erreichte 4,3 Prozent der Gesamtausfuhr. Auch die Ausfuhr nach den USA nahm um 19 Prozent zu.

Die Textilindustrie von Württemberg-Hebeszonen, Württemberg-Hebeszonen und Kreis Ludau wurde am 1. Juni zum Verband der südwestdeutschen Textilindustriellen zusammengeschlossen. Damit sind die organisatorischen Voraussetzungen für die Verteilung des südwestdeutschen Raumes durch die Konzernvertreter beseitigt. Nach der Erklärung des Verbandesvorsitzenden betrug der Umsatz der zum neuen Verband gehörenden Unternehmungen im ersten Quartal 1950 über 400 Mill. DM. Das sind etwa 20 Prozent des Gesamtumsatzes der Textilindustrie des Bundesgebietes. Dem neuen Verband gehören 400 Firmen an, die über 100.000 Menschen beschäftigen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Dr. Mathis, der bisherige Vorsitzende des Textilverbandes Württemberg-Noden gewählt.

Die Außenhandelsstelle der Industrie- und Handelskammern Koblenz, Mainz und Trier ist wegen der hohen Zahlungszustände von O.P.I.C.O.M.E.X. J.E.I.A. bei der Bundesregierung und bei der Landesregierung von Rheinland-Pfalz vorläufig geschlossen. Es wird eine beschleunigte Abwicklung dieser Verpflichtungen und gegebenenfalls die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die betroffenen Firmen gefordert.

Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie, Sitz Frankfurt, hält seine diesjährige Hauptversammlung am 29. Juni in Baden-Baden ab.

den im April 15 Konkurs- und 12 Vergleichsverfahren eröffnet. 5 Konkursanträge wurden wegen Mangel an Masse abgewiesen. Seit Beginn dieses Jahres wurden damit in Schleswig-Holstein insgesamt 105 Konkurs- und 34 Vergleichsverfahren eröffnet und 31 Konkursanträge wegen Mangel an Masse abgewiesen.

Die hamburgische Industrie (ohne Nahrung- und Genussmittelindustrie und Stromerzeugung) hat ihre Produktion im April noch weiter gesteigert. Die Mehrleistung war jedoch wesentlich schwächer als der Anstieg in den beiden vorangegangenen Monaten. Im Vergleich zum Vormonat stieg die auf die arbeitsmäßige Produktion umgerechnete Index (1939 = 100) um 2,4 Prozent auf 75,6. Die Industrie der allgemeinen Produktionsgüter, deren Leistungen bereits im Februar und März besonders stark gestiegen waren, erhöhte ihre Produktion nochmals um 16,7%. Kräftig war mit 8,7% auch die Zunahme in dem Grundstoff-Sektor der Investitionsgüter-Industrie, während sich die Herstellung der Fertigerzeugnisse nicht wesentlich veränderte. Die geringe Zunahme des Vormonats bei den Verbrauchsgütern wurde im April durch einen Rückgang um 4,7% abgeleitet.

Auf Grund der beim Außenhandelskontrollamt abgegebenen Ausfuhrerklärungen belief sich die Ausfuhr Niedersachsens im April auf 24,62 Mill. DM, gegen 23,3 Mill. DM im Vormonat. Auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft wurden Waren im Werte von 0,83 Mill. DM exportiert. Die Exporte an Rohstoffen und Halbfabrikaten erreichten einen Wert von 1,61 (2,43) Mill. DM, darunter Stiel Nr. 2,32 Mill. DM, während die Ausfuhr von Fertigzeugnissen sich auf 20,97 (24,54) Mill. DM belief.

Die Druckmessungen auf der Gemeinschaftsbohrung Schüttorf I der Gewerkschaft Elwerth und der C. Deilmann-Bergbau GmbH stehen vor dem Abschluß. Ein Vertreter der Erdölindustrie erklärte am 2.6., daß die wirtschaftliche Ausbeute dieser Gasquelle entgegen den anfänglichen Erwartungen nur doch als gegeben angesehen werden könne. Die Bohrung Schüttorf I soll zur Entlastung des Bentheimer Gasfeldes dienen, das zwar noch Reserven für 25 bis 30 Jahre aufweist, jedoch langsam in der Druckintensität sinkt. Die Schüttorf Gas soll über die Bentheimer Station des chemischen Werkes Huls ausgeliefert werden.

Mit dem Fündigwerden der Bohrung Lingen 107 im Feld Lingen-Dalum hat das Oldesee eine Erweiterung um 1000 m nach Osten in Richtung der Ems erfahren. Die Bohrung 109 ist so gut angekommen, daß nach Ansicht der zuständigen Geologen mit einer weiteren glänzenden Entwicklung des Feldes nach Osten gerechnet werden kann.

Dr. Bruno Richter ist auf Beschluß des Aufsichtsrates der Hüttenwerke Walsenstedt-Salgitter GmbH zum stellvertretenden Geschäftsführer für den kaufmännischen Bereich der Gesellschaft bestellt worden. Der bisherige kaufmännische Direktor der Hütte Walsenstedt, Josef Schickmann, hat die kaufm. Leitung bei der DRHG (Deutsche Bergbau- und Hütten-Gesellschaft) übernommen. Bisher war Dr. Richter mit dieser Aufgabe betraut.

Der Deutschen Zentralbankkredit-Aktiengesellschaft Berlin/Oldenburg hat die Genehmigung zur Ausgabe einer weiteren Emission von 10 Mill. DM 3%iger Hypothekendarlehen erhalten. Die am 15. 11. genehmigte Emission von ebenfalls 10 Mill. DM ist bereits ausverkauft. Der Bank wurde ferner die Ausgabe von 10 Mill. DM 3%iger Kommunalobligationen genehmigt. Der Ausgabebetrag der Emission beträgt 94%.

Die beiden Motorschiffe „Weißburg“ (550 t) und „Malkhein-Ruhr“ (550 t) sowie der Dampfer „Fritz Hugo Hinzler“ (500 t), die bisher unter schwedischer und holländischer Flagge liefen, sind von der Reederei Hugo-Strauss-Seeschiffahrt zur gemeinsamen Erwerbung und auf die ange-

führten Namen getauft worden. Die Schiffe werden derzeit im Flensburger Hafen überholt. Die beiden Motorschiffe sollen in Kürze nach Kuba auslaufen, ein Zücher für die Württembergische Zucker- und Melasse-Handelsgesellschaft zu übernehmen.

Der Volkswagenexport hat bereits 43%, der Moskatarproduktion des Volkswagenwerkes erreicht, wie von Verwaltungskreisen anlässlich der Eröffnung einer neuen Volkswagenverkaufsstelle in Düsseldorf mitgeteilt wurde. Wie weiter mitgeteilt wurde, konnten in Holland bisher bereits rund 6000 Volkswagen abgesetzt werden. Nach Holland und in die Schweiz werden zur Zeit monatlich je 1000 Volkswagen exportiert, nach Schweden rund 500 und nach Belgien etwa 500 Fahrzeuge im Monat. Die Verwaltung des Volkswagenwerkes er-

Amerikanische Zone

Zwischen dem Norddeutschen Lloyd, der Hapag und der United States Navigation Co., New York, wurde im abgelaufenen Monat ein Abkommen getroffen, das die United States Navigation Co. zum Generalagenten des Nordd. Lloyd und der Hapag in den Vereinigten Staaten bestellt. Der Vertrag, dessen technische Einzelheiten z. Zt. der Maritime Commission in Washington vorliegt, gibt den deutschen Linienverkehrsunternehmen in allen Häfen der US-Verbindungen. Der Dienst der US Navigation Co. bleibt daneben vorläufig noch bestehen, wird jedoch vereinbarungsgemäß zurückgezogen, sobald die deutschen Reedereien in der Lage sind, einen konkurrenzfähigen Liniendienst durchzuführen. Der Norddeutsche Lloyd hat sich ferner entschlossen, seinen ehemaligen Dampfer „Festa“ (letz. Wählernr. 4417 BRT), von den Niederlanden zurückzukaufen und umzubauen, um in etwa 6 Monaten mit dem ersten eigenen Schiff fahren zu können. Außerdem erhielt der Norddeutsche Lloyd von der Marine Security Board die Genehmigung, sein ehemaliges Motorschiff „Bugata“ (3335 BRT) zurückzukaufen, das 1938 gebaut, an der Südamerika-Küste eingesetzt wurde und nach Kriegsende der Besatzungsmacht ausgeliefert war. Auf der Bremer Vulkan-Werft befinden sich für die Besatzung des Nordd. Lloyd darüber hinaus sechs Frachtschiffe im Bau, die mit ihren 4000 t Tragfähigkeit die Schiffe der ehemaligen Kden-Klasse ersetzen sollen. Die Schiffe dürfen im Laufe des nächsten Frühjahr fertiggestellt und übergeben werden. Ihre Größe und Geschwindigkeit lassen darauf schließen, daß der Nordd. Lloyd mit diesen Fahrzeugen einen ersten Liniendienst aufnehmen wird, voraussichtlich nach Mittel- und Südamerika. Ferner wurde dem Norddeutschen Lloyd der Bau von zwei der genehmigten Spezialschiffe als Motorschiffe für die Prachtfahrt mit der Ausnahmeleistung von 10 m gestattet. Die Bauten sind noch nicht veranlaßt, die Schiffe sollen jedoch schon 1951 in Dienst gestellt werden. Die Finanzierung des Ausbauprogramms soll des Wiederaufbaus ermöglicht werden, das gegenwärtig in den Ausschüssen des Bundesrates besprochen wird und vorsieht, daß den deutschen Reedern bis zu 40 Prozent des Baupreises als Eigenkapital beigesteuert werden, während der Rest auf dem normalen Kreditweg aufgebracht werden soll.

Die Horn Linie GmbH, Hamburg, wird erstmalig am 25. Juni ab Hamburg 11. Juni den deutschen Dampfer „Marlene“ ab Hamburg/Bremen nach den Häfen Port of Spain, La Guayra, Porto Cabello, Maracaibo, Baranquilla und Cartagena abfertigen. Weitere durch den Dampfer werden monatlich abgefertigt, der nächste am 18. Juli ab Hamburg und am 18. Juli ab Bremen. Die Frachten können in DM gezahlt werden. (Makler: Nicolaus Hays & Co., Bremen.)

Die Produktion der Opelwerke stellte sich im Mai auf 443 Tausend gegenüber 325 im Monat April. Dieser Zuwachs um knapp 37% nicht bei den 15 Tonnen-Lkw als geringfügiger Rückgang von 550 Einheiten im April auf 515 Einheiten im Mai gegenüber. Dieser Rückgang wird jedoch durch das Anheben der Produktion von 9,5 Tausend Lieferwagen, von denen 394 Stück hergestellt wurden, mehr als wettgemacht. Der Export stellte sich auf 112 Opel-Clyons und 70 Opel-Kapitel, ferner 174 Lkw (1,5 t) und 11 Lieferwagen (3,5 t) gegenüber einem Gesamtexport von 1055 Kraftfahrzeugen im Vormonat April, also um rund 28,7% an. Der Inlandumsatz belief sich auf 232 (237) Trew, 340 (343) Lkw (1,5 t) und 242 (-) Lieferwagen von 9,5 t.

Der Verkaufswert der Warenbestände, die sich zur Zeit noch in Händen der STEG befinden, sank — nach Anerkennung von Prof. Dr. Erhard in Hinsicht auf eine Bundesgesetzgebung — auf etwa 36 bis 35 Mill. DM geschätzt werden. Es handelt sich dabei ganz überwiegend um schwerverfügbares Material, das zum Teil, wie etwa die 30.000 t Nachrichtengeräte, vor dem Verkauf ausgearbeitet werden muß. Nach grober Schätzung könne damit gerechnet werden, daß der Verkauf in der Hauptsache in der zweiten Hälfte des Jahres 1951 abgeschlossen werden kann. Eine überörtliche Liquidation der Bestände der STEG würde zu erheblichen Mindererlösen führen. Für die dann noch erforderlichen Abschlußarbeiten für die endgültige Rechnungslegung der STEG hält der Bundeswirtschaftsminister dann noch etwa 13 Monate für erforderlich, so daß für Mitte bis Ende 1951 der endgültige Abschlußbericht der STEG vorliegen dürfte.

Benelux-Wirtschaftsunion noch nicht reif

Die Benelux-Wirtschafts-Union wird und wird nicht auf die Beine gebracht. Man haben die drei Delegationen, die sich mit den vorbereitenden Arbeiten beschäftigen, den Regierungen vorgelegt, das Datum der Verwirklichung um weitere sechs Monate zu verschieben, d. h. auf Ende Dezember 1950. Nach Informationen aus Den Haag sollen sich in den vergangenen Monaten besonders große Schwierigkeiten auf dem landwirtschaftlichen Sektor ergeben haben, die erst ihre Lösung finden müssen. Andere Beobachter sind der Meinung, daß die belgische Krise die Verhandlung herbeigeführt habe. Die Entscheidung über den endgültigen Termin liegt jetzt bei den Regierungen. Wie verläuft, ist man bestrebt, sofort nach der Bildung einer neuen belgischen Regierung die Bereinigung der schwebenden Fragen herbeizuführen. Die Optimisten — es sind nicht viele — sind der Ansicht, daß der ursprüngliche Termin für die Verwirklichung der Wirtschafts-Union doch noch eingehalten werden könne.

hofft eine wesentliche Beibehaltung des Südamerikaschiffes durch die Übernahme großer Montagerbetriebe in Sao Paulo und Buenos Aires, wo die für Brasilien bzw. Argentinien bestimmten Volkswagen montiert werden sollen.

Nach dem jetzt vorliegenden Jahresbericht des Verbandes der privaten Krankenversicherungen in Köln macht sich im vergangenen Jahre die hohe Beanspruchung der privaten Kranken-Versicherung durch Verdorbene und Arzte sehr stark bemerkbar. An Prämien gingen 393 Mill. D-Mark ein. Andererseits beanspruchten die Bundesangehörigen 311 Mill. DM. Da die Verrentungsleistungen 19% des Prämienaufkommens erreichten, blieb für die erforderliche Reservebildung nichts übrig. Nach der Gesamtrechnung ergaben sich noch 13 Mill. DM sonstige Einnahmen, so daß die Gesamteinnahme 406 Mill. DM betragen. Andererseits forderten Schadenszahlungen, Verwaltungs- und Steuern 415 Mill. DM, so daß die Bilanz mit einem Minus von 9 Mill. DM schließt.

Englische Zone

Der Kauf von zwei inländischen Hochsee-Frachtdampfern von je 555 BRT wurde einer Bremerhavener Frachtschiffreederei von der Besatzungsbehörde bewilligt. Die Dampfer entsprechen den modernen Anforderungen und sind vor allem durch ihren großen Aktionsradius von 3000 Seemeilen für den deutschen Frachtverkehr sehr gut geeignet. Der Anschaffungspreis war außerordentlich niedrig. Die Fahrzeuge waren 1939 auf der Seebauwerft für englische Bedienung gebaut und kurz vor Kriegbeginn abgeliefert worden, im Krieg wurde sie von England als Küstenschutzboote eingesetzt, später umgebaut, an Island veräußert und rund 10 Jahre zum Frachtverkehr benutzt.

Beiden Bremer Atlas-Werken ist der Bau von zwei Frachtschiffen für türkische Rechnung begonnen worden. Auf der Schichau-Werft, Bremerhaven, werden ebenfalls in türkischem Auftrag vier Hochseefrachtdampfer gebaut.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Bayern ist nach Mitteilung des bayerischen Arbeitsministeriums im Mai um rund 38.000 auf 400.000 am 1. Juni zurückgegangen. Bremerhaven einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 13.100 (Basis 4,5) auf 23.500 zu verzeichnen.

In Kreisen des Wirtschaftsausschusses des bayerischen Landtages hält man die Frage der Errichtung des großen Wasserkraftwerks am Sylvenstein noch nicht für genügend geklärt. Abgesehen von technischen Fragen der Wassergründung, der Felsbohrungen und der Wasseraufzehr sei die Zuständigkeit von Bund und Ländern noch keineswegs geklärt. Auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der geplanten großen Anlage ist man noch nicht zu einer eindeutigen Entscheidung gelangt. Wie bereits gemeldet, hat der bayerische Senat am 25. Mai dem vorliegenden Baubeginn beim Sylvenstein- und Hofhaugen-Projekt zugestimmt.

Auf die Notwendigkeit, das Kapital der bayerischen Staatsbank von 10 auf 40 Mill. DM zu erhöhen, wurde von Ministerpräsident Dr. Barbartino vom bayerischen Finanzministerium im Finanz- und Haushaltsausschuß des bayerischen Senats hingewiesen. Zur Durchführung dieser Kapitalerhöhung sollen in die beiden nächsten a. o. Haushaltsjahre 15 Mill. DM eingesetzt werden. Auch mit einer Kapitalerhöhung der Bayerwerke AG München um 40 Mill. DM sei zu rechnen. Nach der erwarteten Umstellung 1 zu 1 würde sich das Kapital der Gesellschaft dann auf 100 Mill. DM belaufen. Dr. Barbartino kündigte ferner die Gründung einer Bank für die Konsolidierung staatsbürgerlicher Kredite an. Sie werde die Aufgabe haben, den rückgestellten Teil der bisherigen staatsbürgerlichen Kredite umzuschichten. Kreditinstitute müßten sich künftig mit 10% Ausfallrisiko bei den staatsbürgerlichen Krediten beteiligen.

Die Produktion der Opelwerke stellte sich im Mai auf 443 Tausend gegenüber 325 im Monat April. Dieser Zuwachs um knapp 37% nicht bei den 15 Tonnen-Lkw als geringfügiger Rückgang von 550 Einheiten im April auf 515 Einheiten im Mai gegenüber. Dieser Rückgang wird jedoch durch das Anheben der Produktion von 9,5 Tausend Lieferwagen, von denen 394 Stück hergestellt wurden, mehr als wettgemacht. Der Export stellte sich auf 112 Opel-Clyons und 70 Opel-Kapitel, ferner 174 Lkw (1,5 t) und 11 Lieferwagen (3,5 t) gegenüber einem Gesamtexport von 1055 Kraftfahrzeugen im Vormonat April, also um rund 28,7% an. Der Inlandumsatz belief sich auf 232 (237) Trew, 340 (343) Lkw (1,5 t) und 242 (-) Lieferwagen von 9,5 t.

Der Verkaufswert der Warenbestände, die sich zur Zeit noch in Händen der STEG befinden, sank — nach Anerkennung von Prof. Dr. Erhard in Hinsicht auf eine Bundesgesetzgebung — auf etwa 36 bis 35 Mill. DM geschätzt werden. Es handelt sich dabei ganz überwiegend um schwerverfügbares Material, das zum Teil, wie etwa die 30.000 t Nachrichtengeräte, vor dem Verkauf ausgearbeitet werden muß. Nach grober Schätzung könne damit gerechnet werden, daß der Verkauf in der Hauptsache in der zweiten Hälfte des Jahres 1951 abgeschlossen werden kann. Eine überörtliche Liquidation der Bestände der STEG würde zu erheblichen Mindererlösen führen. Für die dann noch erforderlichen Abschlußarbeiten für die endgültige Rechnungslegung der STEG hält der Bundeswirtschaftsminister dann noch etwa 13 Monate für erforderlich, so daß für Mitte bis Ende 1951 der endgültige Abschlußbericht der STEG vorliegen dürfte.

Englische Zone

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des wasserwirtschaftlichen Wupper-Verbandes wurde der Vorschlag für das Jahr 1950, der im vorläufigen Haushalts mit 1,94 Mill. DM und im außerordentlichen Haushalts mit 1,04 Mill. DM angesetzt, genehmigt. Der Verband weist per 31. 3. 50 ein Vermögen von 11,35 Mill. DM, wovon 10,30 Mill. auf Talsperren und 2,3 Mill. auf Kläranlagen entfallen, aus. Die Schulden stöben mit 2,33 Mill. DM zu Buch. Verbandsvizepräsident Möhle wies darauf hin, daß die Wasserversorgung in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe, daß man sich nach neuen Wassereinzugsgebieten für das Bergische Land umsehen müsse. Es wurde eine Satzungsänderung des Verbandes angenommen, daß die Dillenburg zwischen Wermelskirchen, Opaden und Berg-Gräbchen in das Gebiet des Wupper-Verbandes einbezogen werden soll. Dieser Beschluß bedarf noch der Zustimmung der zuständigen Behörden. Man schätzt, daß in diesem Gebiet jährlich 30 Mill. dm Wasser gewonnen werden können, was allerdings der Bau neuer Talsperren in diesem Gebiet erforderlich wäre. Im bisherigen Gebiet des Wupperverbandes sind jährlich rund 45 Mill. dm Wasser aufzunehmen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Methanergaswerke in Bocholden soweit fertiggestellt ist, daß man im Herbst mit der Lieferung des Treibgases für Kraftfahrzeuge rechnen zu können.

Englische Zone

Die Industrie hat von Jänner mit ihrer eigenen Stromerzeugung einen beachtlichen Beitrag zur Versorgung des öffentlichen Stromnetzes geleistet. Wie dem Tätigkeitsbericht der Vereinigung industrieller Kraftwerke e. V. Essen für das erste Quartal zu entnehmen ist, wurden von der STEG erzeugte und in der Industrie-Eigenanlagen im Jahre 1949 rund 2,9 Mrd. kWh an das öffentliche Stromnetz in der britischen und der amerikanischen Zone abgegeben. Das bedeutet ein Mehr von 20% gegenüber 1948. Die vermehrte Einsetzung der Industriekraftwirtschaft in die öffentliche Stromversorgung habe begünstigend auf den Wunsch der Industrie zur Folge, an den Maßnahmen der Lastverteilung stärker als bisher beteiligt zu werden. Die Mitwirkung eines Vertreters der Industriekraftwirtschaft bei der Lastverteilung, die in Aussicht gestellt worden sei, werde zweifellos ein noch besseres Zusammenspiel zur Folge haben. Es müsse jedoch erneut darauf hingewiesen werden, daß die Industrie nicht nur als billige Reservewerkstatt für die öffentliche Versorgung angesehen werden, sondern bei beiden Trägern der Versorgung müssen günstige Preise die Grundlage zur Stromversorgung bilden. Neben Kohle, und drei gleichzeitigen Vertretern der Industriekraftwirtschaft bei der Lastverteilung, die in Aussicht gestellt worden sei, werde zweifellos ein noch besseres Zusammenspiel zur Folge haben. Es müsse jedoch erneut darauf hingewiesen werden, daß die Industrie nicht nur als billige Reservewerkstatt für die öffentliche Versorgung angesehen werden, sondern bei beiden Trägern der Versorgung müssen günstige Preise die Grundlage zur Stromversorgung bilden. Neben Kohle, und drei gleichzeitigen Vertretern der Industriekraftwirtschaft bei der Lastverteilung, die in Aussicht gestellt worden sei, werde zweifellos ein noch besseres Zusammenspiel zur Folge haben. Es müsse jedoch erneut darauf hingewiesen werden, daß die Industrie nicht nur als billige Reservewerkstatt für die öffentliche Versorgung angesehen werden, sondern bei beiden Trägern der Versorgung müssen günstige Preise die Grundlage zur Stromversorgung bilden.

des Art. 3 Abs. 3 zu seiner Durchführung neuer Gesetze bedürfte. Sollte dieser Standpunkt richtig sein, so seien die Allgemeinen-Verbindlichkeitsverordnungen jedoch solange gültig, als sie nicht als fehlerhafter Staatsakt aufgehoben würden. Aber selbst, wenn dies geschehen sollte, würden sich Ansprüche für die Vergangenheit nicht durchsetzen lassen, da die Anhebung nur für die Zukunft wirken. Für die Zukunft werde der Gesetzgeber allerdings deutlich erklären müssen, welchen Sinn und welche Tragweite er dem Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes beizulegen wolle. Entsprechend diesem Willen würden sich die staatlichen Organe bei der Allgemeinverbindlichkeit zu verhalten haben.

Zinswahrheit erstrebt

Uns wird geschrieben: Die Genendung der Kapitalmärkte, insbesondere die Wiederinsetzung des Effektivmarktes, erweist sich immer deutlicher als eine der wichtigsten Probleme innerhalb der Bemühungen um die möglichst vollständige Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Gesamtkonzeption. Die Schwierigkeit der Aufgabe ist aus dem im Aprilheft der Bank deutscher Länder veröffentlichten Statistiken zu ersehen. Danach wurden in den Jahren 1924 bis 1939 im Durchschnitt 47 v. H. der Nettoinvestitionen über den Kapitalmarkt finanziert,

heute liegt diese Kennzahl aber bei etwa 3 H.

Gegenwärtig ist es nun geradezu „modern“ geworden, alles Maß von der sogenannten Offenermarktpolitik des Zentralbankensystems zu erwarten, d. h. also von Wertpapierkäufen der Notenbank. Dabei wird gewöhnlich übersehen, daß eine sachgemäße Offenermarktpolitik nur auf einem schon funktionierenden Markt betrieben werden kann, gerade daran fehlt es ja heute. Die Geldkapitalbildung wächst zwar, aber sie findet sich nicht in der Effektivform als den Spardeponiten und demob. den „Versicherungsparaten“ und den Hausparkassen zu; die Umsätze an den Wertpapierbörsen verharren auf einem früher für unmöglich gehaltenen Tiefstand, insbesondere für festverzinsliche Werte ist eine echte Kurzbildung noch nicht möglich, und schwarze Märkte beispielsweise für fünfprozentige Pfandbriefe, wenn auch ebenfalls mit nur geringen Umsätzen, sind ebenfalls ein peinliches Kennzeichen der Lage. Sie ist so kompliziert, daß sie wohl nicht von einem einzigen Punkt aus zu kurieren ist. Daß in der Zinsfrage baldmöglichst etwas Entscheidendes geschehen muß, wird allmählich zur allgemeinen Überzeugung, wozueigentlich die Wahl eines höheren Zinsfußes z. B. für neue Pfandbrief-Emissionen eine Reihe schwieriger Probleme aufwerfen würde. Mit einer Zins-

erhöhung allein wäre der Markt wohl nicht wieder herzustellen; Immehrhin könnte eine wesentliche Stütze für anderweitige Maßnahmen, zu direkter Leistung der Unsatzfähigkeit an den Effektivmärkten sein.

Über die Möglichkeit, solche direkte Operationen vorzunehmen, ohne daß die Notenbank sich im wesentlichen Umfang mit langfristigen Papieren befassen müßte, wird allerdings in Fachkreisen vielfach gesprochen. Man könnte sich u. a. vorstellen, daß die anfangs-kommende des Effektivgeschäftes und allgemein ein lebhafterer Börsenmarkt, interessanter Kreditrahmen einen Betrag von einigen Dutzend Millionen zusammenzubringen könnten. Damit würde zunächst einmal ein Spezialgebiet des Marktes der festverzinslichen Werte in Ordnung gebracht werden, nämlich derjenige Teil des Marktes, auf dem zur Zeit am meisten von einer freien Kurzbildung und einer natürlichen Rendite gesprochen werden kann, das ist der Markt der alten, von Reichmark auf D-Mark umgestellten Rentenwerte. Vielleicht würde es mit verhältnismäßig niedrigen Beträgen möglich sein, diesen Markt so zu belegen, daß seine Kurzbildung wiederzulegen würden, den man dann vielleicht um ungefähr 7 v. H. oder etwas höher erwarten darf. Auf einer solchen Basis würde man unter Umständen die Möglichkeit finden, dem Rentenmarkt als Ganzes entgegen den Startschuß zu geben.

Umständen die Möglichkeit finden, dem Rentenmarkt als Ganzes entgegen den Startschuß zu geben.

Benelux-Wirtschaftsunion noch nicht reif

Die Benelux-Wirtschafts-Union wird und wird nicht auf die Beine gebracht. Man haben die drei Delegationen, die sich mit den vorbereitenden Arbeiten beschäftigen, den Regierungen vorgelegt, das Datum der Verwirklichung um weitere sechs Monate zu verschieben, d. h. auf Ende Dezember 1950. Nach Informationen aus Den Haag sollen sich in den vergangenen Monaten besonders große Schwierigkeiten auf dem landwirtschaftlichen Sektor ergeben haben, die erst ihre Lösung finden müssen. Andere Beobachter sind der Meinung, daß die belgische Krise die Verhandlung herbeigeführt habe. Die Entscheidung über den endgültigen Termin liegt jetzt bei den Regierungen. Wie verläuft, ist man bestrebt, sofort nach der Bildung einer neuen belgischen Regierung die Bereinigung der schwebenden Fragen herbeizuführen. Die Optimisten — es sind nicht viele — sind der Ansicht, daß der ursprüngliche Termin für die Verwirklichung der Wirtschafts-Union doch noch eingehalten werden könne.

Englands Weißblechindustrie gegen Regierungskontrolle

Die englische Weißblechindustrie wendet sich in der jüngsten Ausgabe ihrer Zeitschrift *White Metal* sehr scharf gegen die bisher von der Regierung ausgeübte Kontrolle der Weißblechindustrie. Man weist darauf hin, daß die Regierung im Interesse der Versorgung der englischen Verbraucher den Exportmärkten zu wenig Beachtung geschenkt habe, und daß infolge der Vernachlässigung des Exportgeschäftes die Bestellungen, in den überseeischen Ländern des englischen Weißblechs eigene Erzeugungsmöglichkeiten zu entwickeln, einen beträchtlichen Aufschwung erfahren haben. Diese Länder waren vor dem Krieg die besten Absatzmärkte für das englische Weißblech. Diese Entwicklung hätte sich nach der Meinung der englischen Erzeuger vermeiden lassen, wenn man den Bedürfnissen der Verbraucher in Übersee mehr entgegengekommen wäre. Es sei jetzt die Frage, ob eine Aufhebung der bisherigen Regierungskontrolle und eine bessere Beförderung der Märkte des britischen Empire eine Aufgabe der bisher zu beobachtenden Bestrebungen, in den Mitgliedstaaten des britischen Weltreichs eigene Weißblechindustrien ins Leben zu rufen, zur Folge haben werde.

Die englische Weißblechindustrie hat in den Kriegsjahren und nach Kriegsende bedeutende Einbußen hinnehmen müssen, die nicht nur eine Verringerung der Erzeugung zur Folge hatten, sie konnten den Anstieg des deutschen Konkurrenzproduktes in den Kriegsjahren und nach Kriegsende am Weltmarkt nicht als einen Erfolg für sich buchen, sondern sie mußte sich sogar mit der wachsenden Konkurrenz des amerikanischen Produkts auseinandersetzen, das vor dem Krieg keine großen Exportinteressen hatte, seit dem Ausbruch des Krieges aber in steigendem Maße in die früher von der englischen und auch deutschen Industrie belieferten Märkte einströmte. Welche Veränderungen in der Erzeugung beider Länder seit 1937 eingetreten sind, zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

| | in Proz. | in Proz. |
|------|------------------|-------------|
| | England von 1937 | USA v. 1937 |
| 1937 | 507 800 | 2 423 014 |
| 1938 | 612 500 | 1 430 070 |
| 1939 | 818 400 | 2 537 175 |
| 1940 | 978 800 | 102,1 |
| 1941 | 719 700 | 78,1 |
| 1942 | 678 200 | 71,0 |
| 1943 | 258 700 | 27,0 |
| 1944 | 268 300 | 28,0 |
| 1945 | 211 100 | 22,5 |
| 1946 | 420 000 | 45,8 |
| 1947 | 553 200 | 57,7 |
| 1948 | 610 100 | 63,9 |
| 1949 | 620 000 | 65,7 |

Zunahme in den Kriegsjahren hinderte nicht nur die englische Erzeugung, sondern auch die amerikanische, die sich aber weitum besser behaupten konnte, weil seit 1943 ein ständig steigender Anteil der amerikanischen Produktion auf die zinnproduzierende Methode der elektrolytischen Verzinmung entfiel. Dieser Anteil an der Gesamtzeugung betrug 1943 erst 3,3 Prozent. Er stieg bis 1948 auf 33,6 Prozent und hat 1949 nicht weniger als 34,4 Prozent erreicht. Die englische Industrie ist erst 1948 dazu übergegangen, sich diese moderne amerikanische Methode zu eigen zu machen. Im genannten Jahr wurden erst 0,3 Prozent und 1949 0,8 Prozent der englischen Gesamtproduktion auf elektrolytischen Weg verzinnt.

Entscheidend für die Wandlung, die der Krieg in der Weltweißblechindustrie hervorgerufen hat, ist aber die ungenügende Produktionsleistung der Waliser Weißblechindustrie seit 1940, die die Regierung zwang, im Interesse der Inlandsversorgung die Exporte zu beschränken. Der Anteil der englischen Exporte an der Weltweißblechzeugung im Jahre 1939 noch 94,3 Prozent, so war er teilweise infolge der aufkommenden deutschen Konkurrenz am Weltmarkt bis 1937 auf 45,7 Prozent gefallen. Er muß im Krieg angesichts der absolut niedrigen Erzeugung und des Kriegsbudgets in England außerordentlich niedrig gewesen sein und ist nach dem Krieg weiter gesunken. 1947 betrug er 28,4 Prozent, 1948 33,3 Prozent und 1949 nur 31,5 Prozent. Anders verhält sich die Entwicklung der amerikanischen Exporte. Sie haben sich seit dem Krieg erheblich erhöht, haben aber monotonmäßig mit der steigenden Erzeugung zugenommen. Sie betragen 1939 14,4 Prozent der Erzeugung, 1937 15,0 Prozent, 1947 17,0 Prozent, 1948 15,8 Prozent und 1949 14,6 Prozent. In absoluten Zahlen war folgende Entwicklung zu verzeichnen:

| | England | USA |
|------|---------|---------|
| 1939 | 504 704 | 358 965 |
| 1947 | 157 845 | 258 633 |
| 1948 | 203 974 | 248 021 |
| 1949 | 198 502 | 405 768 |

Es ist unter diesen Umständen zu verstehen, daß die englische Weißblechindustrie in Sorge um den künftigen Absatz am Weltmarkt ist. Sie braucht zwar vorerst kaum mit einer so starken deutschen Konkurrenz zu rechnen wie vor dem Krieg, obwohl die deutsche Erzeugung 1949 schon 125 000 t erreicht, muß aber neben dem erst zu nehmenden amerikanischen Wettbewerb mit Polen rechnen, die schon vor dem Krieg in Gebieten erzwungen wurden, die zu den wichtigsten englischen Absatzmärkten für Weißblech gehörten, zu B. in Australien. Hinzu kommt, daß auch in anderen europäischen Ländern, so besonders in Frankreich und Italien, die Weißblechzeugung wieder steigt und die Konsumleistung Osteuropas die Erzeugung aufnehmen wollen. Das Absatzgebiet in Europa verringert sich damit für die englischen Erzeuger gleichfalls, die 1939 noch 243 000 t in Europa absetzen konnten, 1937 jedoch nur noch 40 317 t. An die Stelle des englischen Weißblechs war in Europa vor dem Krieg das deutsche Produkt getreten. Der Anstieg der deutschen Erzeugung in den ersten Nachkriegsjahren

hat der englischen Industrie, wie gesagt, keinen Nutzen gebracht. Auch Europa wurde mit amerikanischem Weißblech beliefert.

In Kanada, dessen Erzeugung vor dem Krieg im Jahre 1938 maximal 25 000 t betrug, wurden 1949 nicht weniger als 141 538 t erzeugt, und Kanada war vor dem Krieg für die englische Industrie ein Markt, der 1937 80 933 t englischen Weißblech bei einer Gesamtzufuhr von 104 287 t aufnahm. 1949 machten sich die ersten Anzeichen einer beginnenden Überverzeugung in der Weltweißblechindustrie bemerkbar. Die Produktion betrug rund 4,6 Mill. t, der Verbrauch der Welt an Weißblech blieb jedoch mit rund 4,38 Mill. t um 100 000 t hinter der Erzeugung zurück. In den ersten beiden Monaten 1950 belief sich die Weltweißblechzeugung auf nicht weniger als 810 000 t, d. h. sie lief auf einer Jahresrate von etwa 3,4 Mill. t und die USA waren an dieser Produktion mit 894 465 t oder 74 Prozent beteiligt.

Belgien und der Schuman-Plan

Positive Einstellung

Brüssel. Auf dem Gebiet der westeuropäischen Montanindustrie bestehen eine Reihe von Vorstellungen, die geklärt werden müssen, vor allem dann, wenn Pläne auftauchen, die geeignet sind, bisherige alte Auffassungen von einem Tag zum andern zu beseitigen.

Der Plan des französischen Außenministers betr. Bildung eines europäischen Kohlen- und Stahl-Kombinats hat nach der ersten Veröffentlichung einer ruhigen Überlegung Platz gemacht. Obwohl der belgische Außenminister von Zetland gelegentlich der Londoner Konferenz für den Plan einige Sympathie zeigte, ist doch seine Zurückhaltung in der Frage „Obrigkeitsbindung“ allgemein aufgefallen. Bedeutet diese Oberaufsicht eine weitgehende Staatsintervention in die Grundstoffindustrie und führt dieser Weg zu einem völligen Dirigismus? Es steht außer Zweifel, daß zwischen der liberalen Auffassung von Zetland und dem Dirigismus eine Kluft besteht, die noch zu wichtigen und langen Diskussionen führen wird.

Über die Haltung der belgischen und luxemburgischen Montanindustrie in dieser hochwichtigen Angelegenheit ist bis jetzt noch nichts bekanntgegeben worden; man darf wohl annehmen, daß sie über die Tragweite der Schuman'schen Groß-Aktion betreffend Löhne, Produktion, Preise und soziale Gesetze noch nicht genügend unterrichtet wurden, um ihre Stellungnahme festzulegen. Es hat übrigens den Anschein, als ob die Zielsetzungen wirtschaftlicher Natur auf große Schwierigkeiten stoßen werden, deren Beilegung nicht ohne weiteres möglich ist. Ohne eine starke Dosis von Dirigismus ist eine rationelle Zusammenfassung der Montanindustrie der teilnehmenden Länder und eine vollständige Koordinierung der verschiedenen Interessen nicht denkbar. Diejenigen Regierungen und Parlamenten, welche den Wirtschaftsdogmatismus eher ablassen als weiter ausbauen möchten, werden nicht ohne weiteres für die zu einer Fusion notwendigen Zwangsmaßnahmen zu gewinnen sein. Die Schwerindustrie wird zweifellos

Es ist nicht ausgeschlossen, daß man bei zunehmender Konkurrenz am Weltmarkt dem Gedanken eines internationalen Abkommens in der Weißblechindustrie wieder aufgreift. Ein solches Abkommen bestand bereits vor dem Krieg und sah damals eine Aufteilung der Exportmärkte vor, wobei England 30 Prozent, die USA 22 Prozent und Deutschland 10 Prozent zugesprochen erhielten. Die restlichen 3 Prozent verteilten sich auf Frankreich und Italien. War der Anteil der USA damals, gemessen an den Exportmengen des Landes, sehr hoch, so würde die amerikanische Industrie heute zweifellos weitum höhere Ansprüche stellen. Das weiß man in England genau. Deshalb versucht man jetzt das Exportgeschäft zu forcieren, um bei Verhandlungen wegen eines internationalen Abkommens über die Exportmärkte mit entsprechenden Forderungen auftreten zu können. Man nimmt in diesem Fall sogar eine Ermäßigung der heimischen verarbeitenden Industrie in Kauf. B.L.B.

gewichtige Gründe ins Feld führen, um ihren Standpunkt zu verteidigen.

Was die Kohle anbetrifft, so befindet sich Belgien insofern benachteiligt, als die geforderte Kohle gegenüber derjenigen anderer Länder, vor allem Frankreich, Großbritannien, Westdeutschland und Holland insofern teuer ist. Der belgische Brennstoff ist zu dem jetzigen Preis kaum der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten. Sofern, nach dem Plan, ausländische Kohle in Belgien frei eingeführt werden soll, müssen eine Reihe von Zöllen einfach stillgelegt werden, ein Problem, das rechtliche Überlegung erfordert.

Der Schuman'sche Plan findet beim „Wallonischen Wirtschaftsrat“, der seinen Sitz in Lüttich hat, volles Entgegenkommen. Das für Europa bestehende alleinige Mittel, wieder zu Wohlstand zu kommen, ist, so bemerkt der Rat, daß alle Länder, oder wenigstens eine gewisse Anzahl unter ihnen, sich für eine gemeinsame Ausbeutung ihrer Hilfsmittel und derjenigen ihrer Kolonien verständigen. Der Schuman'sche Vorschlag ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege einer wirklichen Wiederaufbauarbeit.

Die bisherige Ansicht der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion war die Wiederherstellung der Kriegsjahre in allen Ländern Europas. Sie nahm verschiedentlich scharf Stellung gegen einen zu starken Ausbau der Industrie in den Nachbarstaaten, aus Furcht vor einer auf den Exportmärkten zunehmenden Konkurrenz. Bei dem Ausdehnungsprogramm, der in Europa besonders in den drei Hauptländern eingesetzt hat, könnte die vorgeschlagene Organisation, wenigstens der Durchführung gelang. Infolgedessen muß die abwartende bzw. zurückhaltende Stellung Belgiens endgültig aufgegeben werden. Man würde die belgische Regierung nicht verstehen, wenn sie nicht sofort beschließen, sich an den bevorstehenden europäischen Verhandlungen über den Schuman-Plan zu beteiligen, um für Belgien in dem zu bildenden Kohlen- und Stahl-Kombinat den gebührenden Platz zu sichern.

Europa in Erwartung der USA-Touristen

Deutschland als Reiseziel an dritter Stelle

655 Millionen Dollar geben amerikanische Touristen im vergangenen Jahr für Auslandsreisen aus. Wie das amerikanische Handelsministerium bekanntmacht, dieser Betrag liegt um 100 Millionen Dollar höher als der des Jahres 1948 und um 44% über dem Vorjahresrekord von 485 Millionen Dollar des Jahres 1939.

Der größte Prozentsatz dieses Betrags wurde in Staaten ausgegeben, die an die USA grenzen, in der 140 Millionen in Kanada, 135 Millionen in Mexiko und 87 Millionen in Westindien und Mittelamerika. Die Gesamtsumme in diesen Ländern überstieg die des Jahres 1948 um 36 Millionen Dollar und die des Jahres 1939 um 230 Millionen Dollar.

Die Ausgaben in Europa und im Mittelmeergebiet betrugen im vergangenen Jahr 182 Millionen Dollar. Das sind 87 Millionen mehr als 1948, aber nur wenig mehr als der Rekord des Jahres 1939. An der Gesamtsumme für Europa waren Frankreich, Großbritannien und Italien mit 62% beteiligt.

Im vergangenen Jahr reisten insgesamt 20 655 amerikanische Bürger und in den Vereinigten Staaten ansässige Ausländer auf dem See- und Luftwege nach Europa. Diese Zahl, die gegenüber dem Jahre 1948 eine Zunahme um 98 736 oder 32,9% ausweist, geht aus einer Jahresübersicht des amerikanischen Bundesamtes für Einwanderungs- und Naturalisierungsfragen hervor. Theodore J. Pease, der Leiter der ECA-Abteilung zur Förderung von Auslandsreisen, schätzt, daß die Reisefähigkeit aus den Vereinigten Staaten nach Europa im Jahre 1950 den Rekord von

230 000 Personen des Jahres 1939 noch überbieten wird. Wie erwartet, habe sich das Heilige Jahr als wichtiger Anziehungsfaktor für eine Rekordzahl von Touristen erwiesen. Nach Ansicht Oberst Peases sind außerdem folgende günstige Faktoren für diese Steigerung verantwortlich:

| Reisen von den USA nach Europa | | | |
|----------------------------------|---------|----------|-----------|
| Auf dem | Seewege | Luftwege | Insgesamt |
| Amerikanische Bürger | 160 150 | 79 496 | 247 646 |
| Ausländer | 89 139 | 35 847 | 124 976 |
| In den USA ansässige Ausländer*) | 15 738 | 6 325 | 22 063 |
| Insgesamt | 275 027 | 121 668 | 396 695 |
| Abzüglich Ausländer | 89 139 | 35 847 | 124 976 |
| Insgesamt | 185 888 | 85 821 | 269 020 |

| Reisen von Europa nach den USA | | | |
|----------------------------------|---------|----------|-----------|
| Auf dem | Seewege | Luftwege | Insgesamt |
| Amerikanische Bürger | 153 283 | 83 973 | 241 160 |
| Ausländer | 224 163 | 55 198 | 279 361 |
| In den USA ansässige Ausländer*) | 39 558 | 9 917 | 49 475 |
| Insgesamt | 417 004 | 151 990 | 570 994 |
| Abzüglich Ausländer | 224 163 | 55 198 | 279 361 |
| Insgesamt | 192 841 | 95 792 | 288 633 |

| Reisen in beiden Richtungen | | | |
|----------------------------------|---------|----------|-----------|
| | Seewege | Luftwege | Insgesamt |
| Amerikanische Bürger | 313 433 | 163 469 | 476 902 |
| Ausländer | 113 292 | 91 045 | 204 337 |
| In den USA ansässige Ausländer*) | 55 296 | 16 242 | 71 538 |
| Insgesamt | 481 921 | 270 756 | 752 677 |

Nach Schätzungen des Bundesamtes für Einwanderungs- und Naturalisierungsfragen sind 12% der Ausländer in den USA ansässig und deshalb als Dolmetscher zu betrachten.

Reiseverkehr zwischen USA und dem Ausland 1949

| USA-Bürger | Bestimmungsort | Seewege | Luftweg | Insg. |
|-------------|----------------|---------|---------|-------|
| Belgien | 1 018 | 1 994 | 3 012 | |
| Dänemark | 3 016 | 3 085 | 6 101 | |
| Irland | 7 249 | 4 515 | 11 764 | |
| Frankreich | 41 843 | 13 480 | 55 323 | |
| Deutschland | 30 689 | 10 894 | 41 583 | |

Der Russenkredit Schwedens

nicht voll in Anspruch genommen

Der schwedische Staatskredit an die Sowjetunion in Höhe von einer Milliarde Kronen, der etwa vorläufig von dem selbsterlösenden Regierungsmittler Dr. Gunnar Myrdal und heutigen Generalsekretär der ECA vermittelt wurde, wird in schwedischen Wirtschaftskreisen nicht als das große Geschäft empfunden. Bisher wurde er mit etwa 400 Millionen Kronen abgerufen. Man rechnet heute damit, daß der Kredit, der Ende 1949 abläuft, nicht voll in Anspruch genommen wird, in der Hauptsache deshalb, weil die schwedischen Firmen nicht in der Lage wären, in kürzester Zeit die bisher nicht in Anspruch genommenen, in der Kreditlinie angefallenen hohen Guthaben fertigzustellen. Man schätzt, daß die russischen Bestellungen nicht viel mehr als eine halbe Milliarde Kronen betragen werden. Der normale schwedische Handelsverkehr mit der Sowjetunion zeigt keine Anzeichen einer Verfallung. Die Sowjetunion hat bestrebt, in der Hauptsache hochwertige Stahlprodukte (Kugellager usw.) aus Schweden zu importieren, während die Sowjet-Güter abströmen, die nicht immer das Interesse der schwedischen Käufer finden.

21 MILL. Pfund Sterling verringert, das ist der Betrag, der im Fall einer eventuellen Abwertung gegen Kurverlängerung gesichert ist. Wenn die Bestände sich zunächst weiter verringern, dann jedoch wieder steigen, läßt sich auf Grund des schwedisch-britischen Vertrages die Kursgarantie für neu aufzufüllende Pfund-Bestände weg.

Von Jahresbeginn bis Mitte April hatten die Pfund-Bestände sich von 43 MILL. Pfund Sterling auf 22 MILL. Pfund Sterling erniedert. Der Vertrag sieht eine Reduktion der Bestände bis Jahresende auf 26 MILL. Pfund vor, was praktisch jedoch bereits erreicht ist. Der Rückgang ist vorerst zwar teilweise selbstbedingte, nach der bisherigen Entwicklung des britisch-schwedischen Außenhandels ist jedoch mit einem weiteren kräftigen Rückgang zu rechnen. Zu einem wesentlichen Teil erklärt sich diese Entwicklung daraus, daß der schwedische Holzmarkt nach Großbritannien bisher nur ganz bescheidenen Umfang gehabt hat.

Papierknappheit

Mit Ausnahme von Zellulosepapier sind nach der Aufhebung der Papiersteuer am 1. Mai alle anderen Sorten von Papier in Schweden sehr knapp geworden. Der Handel hatte sich angesichts der erwarteten Preislenkung zurückgehalten, um nach der Aufhebung der Steuer dann mit großen Aufträgen herauszukommen, wodurch praktisch die meisten Werke nach ausverkauft waren. Da die Aufnahmefähigkeit bei steigenden Preisen sehr langsam wächst, ist und die Werke bei bedeutend höheren Exportpreisen lieber exportieren, sind Lagerbestände so gut wie nicht mehr vorhanden.

Der Holzschiff-Markt

Im Mai war das Geschäft am schwedischen Markt für Holzschiffe lebhafter. Schwedische und baltische Exporteure unterzeichneten ein Protokoll, das die skandinavischen Holzschiffpreise für Lieferungen an europäische Staaten im 3. Viertel 1950 festlegt. Die Preise für Papier-Zellulose für Frankreich und Belgien wurden um 5 bis 10% erhöht. Über die Preise für Lieferung nach den USA im 3. Viertel 1950 wurde noch kein Übereinkommen erzielt. Ausgenommen für Holzschiffe zur Herstellung von Kraftpapier sind keine allgemeine Preisabschätzung zu erwarten. Wie verlautet, will Argentinien 25 000 tona schwedischen Holzschiffe kaufen.

... und Unterbringungs-möglichkeiten

Auf Grund der fortschreitenden Modernisierung und Vergrößerung der europäischen Hotels, besonders von Pensionen in mittlerer Preisklasse, sowie auf Grund des Wiederaufbaus von im Krieg beschädigten Anlagen und Räumlichkeiten, die den Hotelbesitzern in Österreich und Deutschland von den Besatzungsmächten zurückgegeben worden sind, konnte die Fremdenverkehrsindustrie in den EKP-Ländern zu Beginn des Jahres 1950 insgesamt 1 057 117 Betten nachweisen, eine Zahl, die für die Besucher aus dem Ausland als ausreichend angesehen wird.

Eine Analyse der nach Bestimmungs-ländern gegliederten Zahlenangaben des amerikanischen Bundesamtes für Einwanderungsfragen zeigt, daß Großbritannien im Jahr 1949 erneut das beliebteste Ziel amerikanischer Touristen war. An zweiter Stelle lag Frankreich mit 57 840, an dritter Deutschland, das mit 31 800 Besuchern gegenüber dem Jahre 1948 eine Zunahme von 30,7% verzeichnen hatte. An vierter Stelle folgte Italien mit 29 970. Die Übersicht berücksichtigt nicht, daß die meisten Reisenden aus Amerika mehr als ein europäisches Land besuchten.

Die Statistiken für das vergangene Jahr weisen auch nach, daß die Zahl der amerikanischen Bürger und der in den USA ansässigen Ausländer, die von Europa nach den Vereinigten Staaten reisten, insgesamt 506 623 betrug. Die Gesamtzahl aller Reisenden, zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, einschließlich der nicht in den USA ansässigen Ausländer, betrug im Jahre 1949 in beiden Richtungen insgesamt 965 624.



Was über die Fabrik, die unser Werk heißt, spannt sich eine Verbindungshöhle, die von einem mächtigen geschwungenen Trusselock ist. Diese beiden Wälder haben wir nach einem riesigen Entwurf gebaut. Die neuen geschwungenen MLB-Maschine ist Symbol für den Schritt zu einem neuen Zeitalter, das wir unsere Kundenschaft mit einer über 50-jährigen Erfahrung zur Verfügung stellen.

- AUS UNSEREM PRODUKTIONSPROGRAMM:
- FARBSTOFFE
 - ARBEITSMITTEL
 - CHROMIEN
 - LACKROSTOFFE
 - KUNSTSTOFFE
 - ZWISCHENPRODUKTE
 - STICKSTOFFDUNGER
 - PFLANZENSCHUTTMITTEL
 - SEHRABEN
 - BEKÄMPFUNGSMITTEL

FARBWERKE HOECHST

vormals Meister Lucius & Brüning
Frankfurt (M)-Höchst

Weltzinkwirtschaft

Erz- und Metallüberschuss vor dem Krieg — USA und Kanada im Krieg erstarkt — Europa bleibt Hauptzinkverbraucher — Knappe Erzdecke, aber Rohzinküberschuss

Bei keinem der Schwermetalle erreichte der Anteil Europas vor dem Krieg einen so hohen Anteil an der Hüttenmetallproduktion der Welt wie bei Zink. Der Anteil der europäischen Rohzinkproduktion betrug beispielsweise 1938 etwa 13,7 Prozent, der Anteil an der Raffinadezinkproduktion 22,8 Prozent, an der Zinkgewinnung jedoch 50,8 Prozent. Dieser Anteil wurde nur von dem Anteil der europäischen Aluminiumgewinnung an der Weltaluminiumproduktion übertroffen, der 63,5 Prozent betrug.

| | Hütten-erzeugung | Rohzink-verbrauch | Veränderung |
|-------------|------------------|-------------------|----------------|
| Europa | 790,4 | 888,6 | - 98,2 |
| Asien | 84,5 | 116,2 | - 31,7 |
| Afrika | 10,4 | 5,0 | + 5,4 |
| Amerika | 596,8 | 384,0 | + 212,8 |
| Australien | 70,9 | 32,0 | + 38,9 |
| Welt | 1963,0 | 1433,7 | + 529,3 |

Innerhalb der europäischen Zinkwirtschaft stand die deutsche Zinkindustrie vor dem Krieg offenbar auf einer sehr gesunden Basis, denn die Erzdecke entsprach etwa der Leistungsfähigkeit der Hütten. 1938 ergab sich sogar ein leichter Erzüberschuss in der deutschen Zinkwirtschaft. Länder wie England, Frankreich, besonders jedoch Belgien und sogar Polen hatten einen Zuschußbedarf. Auf die Gründe, warum dies sogar bei Polen der Fall war, soll später eingegangen werden. Die Zinkproduktion der europäischen Länder zeigte vor dem Krieg folgende typische Merkmale:

| Land | Erzeugung | Erzeugung 1937 | Veränderung |
|------------------|--------------|----------------|----------------|
| Deutschland | 307,0 | — | + 35,3 |
| Belgien | 56,6 | — | - 1,0 |
| Frankreich | 44,2 | — | - 51,9 |
| Italien | — | — | + 35,4 |
| Großbritannien | — | — | - 30,3 |
| Jugoslawien | — | — | 41,0 |
| Schweden | — | — | 38,5 |
| Spanien | — | — | 77,3 |
| UdSSR (Europa) | — | — | — |
| Tschechoslowakei | — | — | 3,3 |
| Ungarn | — | — | 8,5 |
| Welt | 384,3 | 192,7 | + 191,6 |

Einem Erzschußbedarf der europäischen Länder mit einer hochentwickelten Hüttenindustrie und einer Erzeugung in Höhe von 384.300 t im Jahre 1938 standen Erzüberschüsse in anderen Ländern Europas von insgesamt 192.700 t gegenüber, so daß also rund 577.000 t Zink im Erz aus Überzins angeführt werden mußten. Vier Länder waren es in Europa, die vor dem Krieg einen größeren Zinküberschuss hatten, der zur Befriedigung des europäischen Zinkbedarfs beitrug: Belgien, die Niederlande, Norwegen und Polen. Dieser Überschuss reichte aber, wie schon erwähnt, nicht aus, so daß zusätzlich überseeisches Zink eingeführt werden mußte. Deutschland war der größte Zinkverbraucher, und wenn seine Hüttenkapazität auch mit der Erzeugung in Übereinstimmung war, so war sie doch für den deutschen Bedarf zu gering, wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß die Verhältnisse des Jahres 1938 bereits in die Kriegsvorbereitungen einmündeten. Die Rohzinkbilanz Europas ergab im Jahre 1938 folgendes Bild:

| Land | Rohzink-erzeugung | Rohzink-verbrauch | Veränderung |
|------------------|-------------------|-------------------|-------------|
| Deutschland | 194,4 | 260,4 | - 66,0 |
| Belgien | 310,8 | 92,8 | + 218,0 |
| Frankreich | 80,8 | 78,0 | + 2,8 |
| Großbritannien | 50,0 | 150,0 | - 100,0 |
| Italien | — | — | — |
| Jugoslawien | — | — | — |
| Niederlande | — | — | — |
| Norwegen | — | — | — |
| Polen | — | — | — |
| Schweden | — | — | — |
| Spanien | — | — | — |
| Tschechoslowakei | — | — | — |
| UdSSR (Europa) | — | — | — |
| Dänemark | — | — | — |

Aber nicht genug damit, daß die europäischen Zinkhütten 1938 einen Erzschußbedarf hatten, der etwas über einer Viertelmillion Tonnen Rohzink entsprach, der europäischen Rohzinkverbrauch machte außerdem noch eine Rohzinkzufuhr notwendig, die sich 1938 auf rund 100.000 t belief, wie der nachstehenden Zusammenstellung entnommen werden kann.

| Land | Rohzink-erzeugung | Rohzink-verbrauch | Veränderung |
|------------------|-------------------|-------------------|-------------|
| Deutschland | 194,4 | 260,4 | - 66,0 |
| Belgien | 310,8 | 92,8 | + 218,0 |
| Frankreich | 80,8 | 78,0 | + 2,8 |
| Großbritannien | 50,0 | 150,0 | - 100,0 |
| Italien | — | — | — |
| Jugoslawien | — | — | — |
| Niederlande | — | — | — |
| Norwegen | — | — | — |
| Polen | — | — | — |
| Schweden | — | — | — |
| Spanien | — | — | — |
| Tschechoslowakei | — | — | — |
| UdSSR (Europa) | — | — | — |
| Dänemark | — | — | — |

Sowohl bei der europäischen Erz- als auch bei der Rohzinkzufuhr waren die wichtigsten Liefergebiete Australien und die amerikanischen Länder.

| Land | Erzeugung | Verbrauch | Veränderung |
|---------------|--------------|--------------|---------------|
| Rumänien | — | 4,0 | - 4,0 |
| Schweden | — | 7,0 | - 7,0 |
| Ungarn | — | 8,8 | - 8,8 |
| Übrige Europa | — | 2,5 | - 2,5 |
| Welt | 790,4 | 888,6 | - 98,2 |

Die bedeutendste Veränderung in der europäischen Zinkwirtschaft hat das Kriegsende in Osteuropa ausgeübt. Die Geschichte des osteuropäischen Zinks war in den letzten Jahrzehnten sehr wechselvoll. Vor dem ersten Weltkrieg konnte sich der osteuropäische Zink-erzeugung und die Zinkverhüttung in einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf, gestützt auf die Erzkonzentration nördlich von Bresten, deren Erz 15% Zn, 2% Pb und 0,2% Kadmium enthält, zu Friedenszeiten entwickeln. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges führte dann zu einer sehr willkürlichen Zerteilung dieses wirtschaftlichen Gebildes. Die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland verlief mitten durch das ostpreussische Industriegebiet. Bei der Grenzüberwindung waren sämtliche Rohzink- und Hüttenhütten im Polengebiet gefangen und von der Zinklegierungsbilanz blieben nur 23% und von der Bleierzgewinnung nur 20% deutsch, während 77 bzw. 71% an Polen fielen. Auf deutscher Seite blieben dann noch einige Zinkwerke.

Auf polnischer Seite stellte sich infolgedessen bald Zinkmangel ein, und auf deutscher Seite fehlten die Zinkhütten, Deutschland war zudem von einem Zinkschußbedarf vor dem Krieg in einem Zinküberschuss geworden. Dem Umstand, daß sich die erzkonzentrierenden Betriebe der Blei- und Zink-Grube unter der neuen Grenze hinweg auf deutsches Gebiet erstreckten, war es zu danken, daß die Giesche-Gesellschaft auf diesen Vorkommen eine neue Grube, die Deutsch-Bleischlar-Grube, knapp an der damaligen polnischen Grenze im Jahre 1925 ausbauen konnte, womit die größte und modernste Zink-erzeugung in Europa entstand. Die Giesche-Gesellschaft baute dann auch eine neue Erzkonzentration, jedoch nicht in Oberschlesien, sondern bei Magdeburg, wo sie insofern günstig lag, als die ober-schlesischen Erze auf dem Wasserwege herankommen, außerdem aber

Garantie bieten, wenn ein Unternehmen wirklich das Interesse habe, ein Einfuhrkontingent zu sterilisieren.

| Jahr | Ein- fuhr | Aus- fuhr |
|------|-----------|-----------|
| 1950 | 230,3 | 219,8 |
| 1949 | 181,3 | 166,3 |
| 1948 | 89,0 | 59,3 |

Die stärkere Einfuhr wird auf den größeren Rohstoffbedarf der italienischen Industrie zurückgeführt. Die größte Steigerung verzeichnet der Monat März. In den einzelnen Monaten des ersten Vierteljahres zeigt die Statistik folgende Entwicklung (in Milliarden Lire):

| Monat | Ein- fuhr | Aus- fuhr | Übersch- uß |
|---------|-----------|-----------|-------------|
| Januar | 74,9 | 82,1 | - 7,2 |
| Februar | 72,8 | 49,2 | + 23,6 |
| März | 82,0 | 30,4 | + 51,6 |

In einer amtlichen Erklärung erläuterte das italienische Außenhandelsministerium die gegen die „Sterilisierung“ von Einfuhrkontingenzen getroffenen Maßnahmen. Das Ministerium hätte Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß sich oft in der Ausnutzung gewisser Einfuhrkontingente, die in Handelsverträgen vorgesehen und dem System der ministeriellen Einfuhrkontingente unterworfen seien, Unzulänglichkeiten verschiedener Art ergeben hätten, mit dem Ergebnis, daß solche Kontingente ganz oder teilweise ungenutzt blieben. Diese Unzulänglichkeiten seien zum Teil auf Maßnahmen gewisser Firmen zurückzuführen, die im Eigeninteresse versuchten, die ministeriellen Lizenzen zu erhalten, nicht um sie auszunutzen, sondern um sie absichtlich unwirksam zu machen. Es gäbe sogar Geschäftsleute, die Lizenzen, die an andere Firmen vergeben worden seien, aufkauften, um dadurch die Kontingente zu sterilisieren. Zur Behebung dieser Mängel ergriff nun nicht etwa eine größere Auflockerung des Lizenzsystems, im Gegenteil, es sind Anzeichen vorhanden, daß die zentralen Instanzen mit der Begründung des Kontingentmangels die Genehmigungsinstanzen wieder an sich ziehen oder an eine zentral kontrollierte andere Stelle in Rom, wie z. B. das „Ufficio Italcambit“ abgeben.

Das Außenhandelsministerium hat sich ferner nach freiem Ermessen das Recht vorbehalten, die Erstellung gewisser Einfuhrkontingente von einer Kautionsleistung in Höhe von 50% des Einfuhrwertes abhängig zu machen. Das Maländer Wirtschaftsblatt „Il Sole“ betont seine Skepsis gegenüber den staatlichen Maßnahmen. Eine Kautionsleistung gleichviel wie hoch, könne kaum eine

| Papier | 1938 | 1948 |
|-----------|--------|--------|
| Ein- fuhr | 8 988 | 10 869 |
| Aus- fuhr | 11 518 | 13 288 |

Tabak für die UdSSR. Vor kurzem wurden für die Sowjetunion größere Tabakmengen

ausländische Über- oder Herstellung bezogen werden konnten.

Die neue Grenzschließung hatte zur Folge, daß nach 1923 die west- und ost-schlesischen Wälder der „Schlesia“ im Wege des schrittweise vereinbarten Verdrückungsvertrags das in den polnischen Hütten gewonnene Rohzink verschleifen, für das die Erze wieder aus Westoberschlesien, d. h. aus Deutschland, an die polnischen Hütten geliefert wurden waren. Über die Entwicklung der ost-schlesischen Zinkindustrie bis zum Ausbruch des letzten Krieges gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

| Jahr | Deutsch-land | Polen |
|------|--------------|-------|
| 1913 | 281,1 | 233,0 |
| 1918 | 171,9 | 189,3 |
| 1920 | 96,2 | 71,8 |
| 1923 | 102,9 | 108,0 |
| 1925 | 42,9 | 137,8 |
| 1928 | 18,8 | 206,1 |

Der polnische Zinküberschuss, teilweise aus deutschen Erzen erzeugt, wurde nach dem ersten Weltkrieg hauptsächlich von der deutschen Wirtschaft aufgenommen. Der letzte Krieg brachte eine vorübergehende Wiedervereinigung der ost-schlesischen Zinkindustrie in deutscher Hand, bis beim Zusammenbruch das gesamte ost-schlesische Industriegebiet von Polen in Besitz genommen wurde. Das bedeutet, daß zusammen mit dem ost-schlesischen Zink die Zink-erzeugung in der Zinkwirtschaft Deutschlands heute in der Zinkverzeugung noch wesentlich abhängiger ist, als dies nach dem ersten Weltkrieg der Fall war. Es war dies die größte Veränderung, die der letzte Krieg in der europäischen Zinkwirtschaft ausgelöst hat. Seit dem Ende des Krieges ist die Beurteilung der europäischen Zink-situation dadurch sehr erschwert, daß weder über die Entwicklung in der Sowjetunion noch in den Volksdemokratien konkrete Zahlen veröffentlicht wurden. Dadurch fallen die früher üblichen Erzeugungszahlen bedeutender Produktionsgebiete, wie beispielsweise des europäischen Teils der Sowjetunion oder Polens, fort.

Obwohl die Vereinigten Staaten vor dem Krieg langsam zu einem Zink-einfuhrland zu werden schienen, haben sie es im Krieg durch eine beträchtliche Anstrengung erreicht, sich erneut an die Spitze in der Weltzinkverzeugung zu setzen. Sie haben dazu einmal ihren

Der stellvertretende Leiter der ECA-Mission in Italien setzt sich für eine Industrialisierung Süditaliens ein. Die Landwirtschaft ist gestiegen, Arbeit-plätze geschaffen, Dörfer mit einem Vergleich zwischen Süditalien und dem Süden der USA, der seit etwa 40 Jahren mit Erfolg eine starke Industrialisierung durchgeführt habe. Wie es möglich gewesen sei, in den Südstaaten große Textilindustrie, Schuhfabriken, Möbel- und Bekleidungsindustrien aufzubauen, so müsse es auch in Süditalien ähnliche Entwicklungsmöglichkeiten geben. Für Süditalien liege es besonders nahe, von der Produktion an Obst und Zitrusfrüchten auszugehen, eine große Verarbeitungsindustrie zu schaffen, die Konservenerzeuger, Fruchtleist-er, für jede Jahreszeit für Mittel- und Südeuropa produzieren könne.

Das italienische Kabinett stimmte dem Entwurf eines Antitrustgesetzes zu. Der Entwurf sieht die Errichtung einer ständigen Kommission von Beamten und Sachverständigen vor, die sämtliche bestehenden und künftigen Kartellabreden untersuchen soll. Jeder ist verpflichtet, alle derartigen Absprachen der Kommission vorzulegen. Die Kommission hat die Verträge daraufhin zu überprüfen, ob ihr Inhalt für die nationale Produktion und Wirtschaft und für die berechtigten Interessen der Verbraucher nachteilig sind. Bejahendenfalls kann die Kommission den Fall dem öffentlichen Ankläger übergeben, der eventuell notwendige Nachforschungen vorzunehmen hat.

Über die Produktion der italienischen Papier- und Zellstoffindustrie liegen folgende Zahlen vor (in t):

| Zellstoff | Holzschliff | Papier | Karton |
|-----------|-------------|---------|---------|
| 1948 | 40 630 | 144 630 | 478 900 |
| 1949 | 50 580 | 150 120 | 328 720 |
| 1949 | 112 610 | 108 190 | 303 300 |

Praktisch hat demnach die Produktion an Papier und Karton den Vorkriegsstand erreicht. Die Zellstoffproduktion hat sich fast verdreifacht, während sich die Holzschliffproduktion um ein Drittel verringert hat. Über die Papierproduktion liegen für 1949 folgende Details vor: Zeitungspapier 65 180 t, Schreib- und Druckpapier 128 008 t, Packpapier 194 840 t, 70% der Zellstoffpapierproduktion lag in der Hand einer Firma.

Die Im- und Exportsituation wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet (in t):

| Papier | 1948 | 1949 |
|-----------|--------|--------|
| Ein- fuhr | 8 988 | 10 869 |
| Aus- fuhr | 11 518 | 13 288 |

vertrachtet. Weitere Tabaklieferungen sollen erlösen. Italien tauscht dafür vor allem Mangan, Paraffin, Holz usw. ein.

Grenzkolennenzen beträchtliche Subventionen auskommen lassen und an den relativ geringen Erzkonzentrationen des Landes im Krieg Hauptbetriebe getrieben, daneben kam ihnen aber der Umstand zugute, daß in den Kriegsjahren die Erze in Europa verarbeitet über-sichtlich Erze dem amerikanischen Hütten zur Verfügung standen. So stiegen die Zinkeinfuhren der USA von 289 313 t (1 short ton = 907 kg Metallinhalt) im Jahre 1941 auf nicht weniger als 530 980 t im Jahre 1943. Sie betragen 1944 422 700 t und 1945 immer noch 381 716 t. So konnten die USA im Krieg im Jahre 1943 eine Spitzenerzeugung von 942 900 t erzielen. Dieser Stand konnte zwar für die Folge nicht gehalten werden, doch betrug die Erzeugung 1948 immer noch 850 126 t. Auch Kanada hat im Krieg eine leichte Erhöhung der Zink-erzeugung bis auf 215 871 t zu verzeichnen gehabt. Hier ist die Erzeugung bis 1946 wieder auf 196 975 t gesunken. Ob sich die Zinkverzeugung der USA für die Folge auf der durch den Krieg erreichten Höhe wird behaupten können, scheint heute zumindest zweifelhaft, denn die Zinkreserven der USA haben in den letzten Jahres-setzen außerordentlich stark abgenom-men und die anstehenden Erze haben einen relativ geringen Zn-Gehalt. Daß die USA-Zinkbergwerke heute kaum in der Lage sind, den Bedarf der Zink-hütten des Landes zu decken, geht aus einem Bericht hervor, der anlässlich der 32. Jahrestagung des American Zinc Institute veröffentlicht wurde, und der Zinkverzeugung und Zinkverbrauch der Welt unter dem Europa-Hilfsprogramm behandelt. Hatte der amerikanische Kontinent 1938 noch einen Rohzinküberschuss von 377 300 t Metallinhalt, so wird in dem Bericht mit einem Überschuss von nur etwa 6000 t gerechnet. Die Zink-industrie der USA würde, wie es in einer anderen Adresse an das American Zinc Institute heißt, in Zukunft mindestens 750 000 t ausländischer Konzentrate benötigen. Die im erstenman-nen Bericht aufgestellten Schätzungen der Zinkverzeugung und des Verbrauchs sowie ihre Verteilung auf den amerikanischen Kontinent und Europa, soweit es dem Hilfsprogramm angeht, schlossen sich, erlauben wenigstens einen an nähernden Einblick in die gegenwärtige Lage der Weltzinkwirtschaft, wenn es auch trübsalig zu beklagen ist, daß die Sowjetunion und die Volksdemokratien von diesen Schätzungen nicht erfaßt werden. Danach ergibt sich folgendes Bild:

| Land | Erzeugung | Verbrauch | Veränderung |
|------------------|---------------|---------------|----------------|
| Amerika** | 1043,0 | 1025,0 | + 18,0 |
| Europa** | 384,3 | 402,0 | - 17,7 |
| Rest der Welt*** | 535,0 | 131,0 | + 404,0 |
| Welt**** | 1962,3 | 1658,0 | + 304,3 |

*) Metallinhalt, **) USA, Kanada, Neufundland, Mexiko, Südamerika, ***) Europa-Hilfsplan-Länder, ****) Ausschließlich Sowjetunion und Volksdemokratien.

Kann der amerikanische Kontinent gegenwärtig auch nur geringe Mengen an Zinkkonzentrat für die europäischen Hütten abgeben, und ist die Erzeugung in den erfaßten Gebieten knapp, so besteht doch die Möglichkeit, Rohzink für die europäische Verzeugung frei zu machen, denn der amerikanische Kontinent hat hieran einen beträchtlichen Überschuss.

Im ganzen gesehen zeigt sich, daß die Schwächung der europäischen Zinkwirtschaft, die durch den Krieg und seine Folgen eingetreten ist, durch eine entsprechende Stärkung in den amerikanischen Ländern etwa ausgeglichen wird. Unklar bleibt, wie die Entwicklung in der Sowjetunion und den Volksdemokratien verlaufen ist. Verständlich wird unter diesem Umstand, daß Westeuropa, d. h. im wesentlichen die Länder, die sich dem Europa-Hilfsprogramm angeschlossen haben, zusammen mit den Ländern des amerikanischen Kontinents den Versuch unternehmen, für ihr Wirtschaftsgebiet eine ausgeglichene Zinkbilanz aufzustellen. Die Voraussetzungen dazu sind auf jeden Fall gegeben. Es handelt sich wahrscheinlich nur noch darum, das Gleichgewicht zwischen Zinkverzeugung und Zinkhüttenkapazität, das durch den Krieg ernsthaft gestört worden ist, wiederherzustellen. Es wäre denkbar, daß die amerikanische Hütten-zinkverzeugung in der kommenden Zeit zugunsten der europäischen Zinkindustrie eine Verringerung erfährt, um so mehr, als die erwähnte amerikanische Schätzung davon ausgeht, daß der amerikanische Zinkverbrauch wesentlich niedriger liegt, wie die Rohzinkverzeugung und die amerikanischen Hütten selbst mit einem steigenden Bedarf an Zinkkonzentrat rechnen zu müssen glauben, während wahrscheinlich in Europa die Hüttenkapazität heute nicht voll ausgelastet ist.

Paul Speiser.

Verstärkte italienische Einfuhren

Die italienische Außenhandelsministerie hat im ersten Vierteljahr 1950 günstige Ergebnisse, die auf eine rechtliche Normalisierung des Güterausstroms mit dem Ausland hindeuten. Ein- und Ausfuhr haben sich gegenüber dem ersten Vierteljahr 1948 erhöht, in erster Linie jedoch die Einfuhren, wie folgende Aufstellung zeigt (in Milliarden Lire):

| Monat | Ein- fuhr | Aus- fuhr |
|---------|-----------|-----------|
| Januar | 74,9 | 82,1 |
| Februar | 72,8 | 49,2 |
| März | 82,0 | 30,4 |

Die stärkere Einfuhr wird auf den größeren Rohstoffbedarf der italienischen Industrie zurückgeführt. Die größte Steigerung verzeichnet der Monat März. In den einzelnen Monaten des ersten Vierteljahres zeigt die Statistik folgende Entwicklung (in Milliarden Lire):

| Monat | Ein- fuhr | Aus- fuhr | Übersch- uß |
|---------|-----------|-----------|-------------|
| Januar | 74,9 | 82,1 | - 7,2 |
| Februar | 72,8 | 49,2 | + 23,6 |
| März | 82,0 | 30,4 | + 51,6 |

In einer amtlichen Erklärung erläuterte das italienische Außenhandelsministerium die gegen die „Sterilisierung“ von Einfuhrkontingenzen getroffenen Maßnahmen. Das Ministerium hätte Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß sich oft in der Ausnutzung gewisser Einfuhrkontingente, die in Handelsverträgen vorgesehen und dem System der ministeriellen Einfuhrkontingente unterworfen seien, Unzulänglichkeiten verschiedener Art ergeben hätten, mit dem Ergebnis, daß solche Kontingente ganz oder teilweise ungenutzt blieben. Diese Unzulänglichkeiten seien zum Teil auf Maßnahmen gewisser Firmen zurückzuführen, die im Eigeninteresse versuchten, die ministeriellen Lizenzen zu erhalten, nicht um sie auszunutzen, sondern um sie absichtlich unwirksam zu machen. Es gäbe sogar Geschäftsleute, die Lizenzen, die an andere Firmen vergeben worden seien, aufkauften, um dadurch die Kontingente zu sterilisieren. Zur Behebung dieser Mängel ergriff nun nicht etwa eine größere Auflockerung des Lizenzsystems, im Gegenteil, es sind Anzeichen vorhanden, daß die zentralen Instanzen mit der Begründung des Kontingentmangels die Genehmigungsinstanzen wieder an sich ziehen oder an eine zentral kontrollierte andere Stelle in Rom, wie z. B. das „Ufficio Italcambit“ abgeben.

Das Außenhandelsministerium hat sich ferner nach freiem Ermessen das Recht vorbehalten, die Erstellung gewisser Einfuhrkontingente von einer Kautionsleistung in Höhe von 50% des Einfuhrwertes abhängig zu machen. Das Maländer Wirtschaftsblatt „Il Sole“ betont seine Skepsis gegenüber den staatlichen Maßnahmen. Eine Kautionsleistung gleichviel wie hoch, könne kaum eine

| Papier | 1938 | 1948 |
|-----------|--------|--------|
| Ein- fuhr | 8 988 | 10 869 |
| Aus- fuhr | 11 518 | 13 288 |

Tabak für die UdSSR. Vor kurzem wurden für die Sowjetunion größere Tabakmengen

ausländische Über- oder Herstellung bezogen werden konnten.

Die neue Grenzschließung hatte zur Folge, daß nach 1923 die west- und ost-schlesischen Wälder der „Schlesia“ im Wege des schrittweise vereinbarten Verdrückungsvertrags das in den polnischen Hütten gewonnene Rohzink verschleifen, für das die Erze wieder aus Westoberschlesien, d. h. aus Deutschland, an die polnischen Hütten geliefert wurden waren. Über die Entwicklung der ost-schlesischen Zinkindustrie bis zum Ausbruch des letzten Krieges gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

| Jahr | Deutsch-land | Polen |
|------|--------------|-------|
| 1913 | 281,1 | 233,0 |
| 1918 | 171,9 | 189,3 |
| 1920 | 96,2 | 71,8 |
| 1923 | 102,9 | 108,0 |
| 1925 | 42,9 | 137,8 |
| 1928 | 18,8 | 206,1 |

Der polnische Zinküberschuss, teilweise aus deutschen Erzen erzeugt, wurde nach dem ersten Weltkrieg hauptsächlich von der deutschen Wirtschaft aufgenommen. Der letzte Krieg brachte eine vorübergehende Wiedervereinigung der ost-schlesischen Zinkindustrie in deutscher Hand, bis beim Zusammenbruch das gesamte ost-schlesische Industriegebiet von Polen in Besitz genommen wurde. Das bedeutet, daß zusammen mit dem ost-schlesischen Zink die Zink-erzeugung in der Zinkwirtschaft Deutschlands heute in der Zinkverzeugung noch wesentlich abhängiger ist, als dies nach dem ersten Weltkrieg der Fall war. Es war dies die größte Veränderung, die der letzte Krieg in der europäischen Zinkwirtschaft ausgelöst hat. Seit dem Ende des Krieges ist die Beurteilung der europäischen Zink-situation dadurch sehr erschwert, daß weder über die Entwicklung in der Sowjetunion noch in den Volksdemokratien konkrete Zahlen veröffentlicht wurden. Dadurch fallen die früher üblichen Erzeugungszahlen bedeutender Produktionsgebiete, wie beispielsweise des europäischen Teils der Sowjetunion oder Polens, fort.

Obwohl die Vereinigten Staaten vor dem Krieg langsam zu einem Zink-einfuhrland zu werden schienen, haben sie es im Krieg durch eine beträchtliche Anstrengung erreicht, sich erneut an die Spitze in der Weltzinkverzeugung zu setzen. Sie haben dazu einmal ihren

| Land | Erzeugung | Verbrauch | Veränderung |
|------------------|---------------|---------------|----------------|
| Amerika** | 1043,0 | 1025,0 | + 18,0 |
| Europa** | 384,3 | 402,0 | - 17,7 |
| Rest der Welt*** | 535,0 | 131,0 | + 404,0 |
| Welt**** | 1962,3 | 1658,0 | + 304,3 |

*) Metallinhalt, **) USA, Kanada, Neufundland, Mexiko, Südamerika, ***) Europa-Hilfsplan-Länder, ****) Ausschließlich Sowjetunion und Volksdemokratien.

Kann der amerikanische Kontinent gegenwärtig auch nur geringe Mengen an Zinkkonzentrat für die europäischen Hütten abgeben, und ist die Erzeugung in den erfaßten Gebieten knapp, so besteht doch die Möglichkeit, Rohzink für die europäische Verzeugung frei zu machen, denn der amerikanische Kontinent hat hieran einen beträchtlichen Überschuss.

Im ganzen gesehen zeigt sich, daß die Schwächung der europäischen Zinkwirtschaft, die durch den Krieg und seine Folgen eingetreten ist, durch eine entsprechende Stärkung in den amerikanischen Ländern etwa ausgeglichen wird. Unklar bleibt, wie die Entwicklung in der Sowjetunion und den Volksdemokratien verlaufen ist. Verständlich wird unter diesem Umstand, daß Westeuropa, d. h. im wesentlichen die Länder, die sich dem Europa-Hilfsprogramm angeschlossen haben, zusammen mit den Ländern des amerikanischen Kontinents den Versuch unternehmen, für ihr Wirtschaftsgebiet eine ausgeglichene Zinkbilanz aufzustellen. Die Voraussetzungen dazu sind auf jeden Fall gegeben. Es handelt sich wahrscheinlich nur noch darum, das Gleichgewicht zwischen Zinkverzeugung und Zinkhüttenkapazität, das durch den Krieg ernsthaft gestört worden ist, wiederherzustellen. Es wäre denkbar, daß die amerikanische Hütten-zinkverzeugung in der kommenden Zeit zugunsten der europäischen Zinkindustrie eine Verringerung erfährt, um so mehr, als die erwähnte amerikanische Schätzung davon ausgeht, daß der amerikanische Zinkverbrauch wesentlich niedriger liegt, wie die Rohzinkverzeugung und die amerikanischen Hütten selbst mit einem steigenden Bedarf an Zinkkonzentrat rechnen zu müssen glauben, während wahrscheinlich in Europa die Hüttenkapazität heute nicht voll ausgelastet ist.

Paul Spe

deutsche Werte, Gewinnrücklagen zum Wochenende vermehren das Kurzarbeit...

Table with 2 columns: Name of company and its value. Includes Deutsche Werke, Thyssen, etc.

Neu Werte stetig. Bei mittelmäßigen Kurspreisen war die Haltung der New Yorker Börsen...

deutsches Stahlwerk, das die Papier...

Table with 2 columns: Name of company and its value. Includes Dudenbuchverlag, etc.

Notenkurse in Zürich am 3. Juni

Table with 2 columns: Country and exchange rate. Includes USA, England, etc.

Anfang 1936 in Heringen auf und stielte die Magnesiumlegierung 'Magnawo' her. Die wichtigste Legierungskomponente ist Aluminium...

Und die Ostzone?

Es ist bekannt, daß über die Wirtschaft der Ostzone nur solche Tatsachen in die Öffentlichkeit dringen...

Die aktuelle Reportage: Güterbahnhof Bieligheim

Die Deutsche Bundesbahn ist zwar praktisch und vorläufig auch juristisch ein Staatsbetrieb...

Wir wollen hier nur feststellen, daß die Bundesbahn in gleichem Maße wie die Kriegsschiffe besaßigt und ihren Wagenpark wieder aufstockte...

Es gibt nun im groben gesehen, drei verschiedene Arten von Umladungen. Die sind zunächst die Kurzwagen...

Die nächste Gruppe sind die Umladungen, die alles Stückgut enthalten...

Es gibt aber auch sogenannte Städtewagen, die ebenfalls bis zu der bestimmten Stadt durchfahren...

Feuertrommel auf besonderen Waggons verladen werden, das ist Vorschritt. Es liegt in der Natur der Sache...

Zur Beschleunigung des Verkehrs sind sogenannte Leig-Einheiten geschaffen worden...

Nun zur Organisation im kleineren. Wie in einem Ammenhaufen wimmelt es in diesem Güterbahnhof Bieligheim...

Gruppe von drei Mann erhält diesen Waggon zum Umladen. Die Gewicht sind vorher festgelegt...

So glatt, wie es auf dem Papier hier steht, geht es natürlich nicht immer ab. Plötzlich ist da noch ein großes sperriges Gut...

Alles ist auf Sicherheit und Zuverlässigkeit abgestellt. Die Bahnpolizei muß immer wieder Stichproben bei allen Personen...

Es wird aber außerdem kontrolliert, ob das Stückgut nun auch wirklich im richtigen Waggon angekommen ist...

So arbeitet die Menschheit auf einem Umstadium-Güterbahnhof genau so nach einer unsterblichen Ordnung wie ein Ammenhaufen. Jeder weiß, was er zu tun hat...

Deutsche Börsen

Table with 2 columns: Name of company and its value. Includes AEG, Siemens, etc.

Deutsche Börsen

Table with 2 columns: Name of company and its value. Includes Alexanderwerk, etc.

Osterreichs Elektrizitätswirtschaft

Durch den Neubau von 20 Kraftwerken, für den seit Beginn des Marshallplanes mehr als 100 Millionen Schilling...

Table with 2 columns: Year and electricity production. Includes 1949, 1950.

Der Verbrauch von elektrischer Energie erhöhte sich gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 114,2 auf 1271,4 Millionen Kilowattstunden...

Einkaufsgenehmigung für USA-Pharmazeutika

Im Rahmen des ERP erhielt jetzt auch Österreich Einkaufsgenehmigungen für medizinische und pharmazeutische Präparate...

Kunststoffexport nach Korea

Die Osterreichischen Stickstoffwerke in Linz — wir berichteten in der letzten Ausgabe ausführlich über diese Werke...

Magnesium - ein hochpolitisiertes Metall

Produktion in Deutschland und Japan verboten

Die Erzeugung des leichtesten Metalls, Magnesium, mit dem spezifischen Gewicht von 1,7 gegen 2,7 für Aluminium...

Der Erzeugung in den Kriegsjahren veralteter ist, der allerdings nach dem Krieg von einem etwas höheren Fall der Erzeugung abgelöst wurde...

Der Kriegseboom

Die Erkenntnis der außerordentlichen Eigenart des Magnesiums für die Kriegsführung in der Luft war es, die für den geradezu märchenhaften Aufschwung...

Magnesiumerzeugung

(in Millionen Tonnen)

Table with 5 columns: Year, Germany, USA, England, Japan, Soviet Union.

Teilweise geschätzt, besonders Sowjetunion

Es ist recht instruktiv, zu sehen, wie die Erzeugung in den USA und in England schon von 1943 ab zu sinken begann...

Waren kein deutsches Magnesium?

Die Technik des Magnesiums, die in der Hauptsache vor dem Krieg von Deutschland entwickelt, hat in den Kriegsjahren eine außerordentliche Vervollkommenung...

erzeugung der Sowjetunion im Krieg gemessen an der Erzeugung in den USA...

wicklung in den USA sind nur zu ahnen. Schon jetzt sind nicht nur die Arbeiter...

Der Vertrag zur keine andere als eine stabilisierende Wirkung auf die USA-Wirtschaft haben kann...

Das öffentliche Vertrauen in direkte Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern...

Nicht nur Walter Reuther, sondern auch andere Gewerkschaftsführer haben dieses Abkommen...

Interessant ist noch, daß der Vertrag die Mitgliedschaft des Arbeiters in der Gewerkschaft nicht unbedingt obligatorisch macht...

Natürlich mußten auch bei dem neuen General-Motors-Vertrag von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Der General-Motors-Kollektivvertrag

Arbeitsfrieden auf fünf Jahre

In Detroit, der Stadt der Autos, sind Verhandlungen zwischen der Automobilarbeiter-Gewerkschaft und den General-Motors-Werken geführt worden...

Die Mitgliedschaft des Arbeiters in der Gewerkschaft nicht unbedingt obligatorisch macht...

Interessant ist noch, daß der Vertrag die Mitgliedschaft des Arbeiters in der Gewerkschaft nicht unbedingt obligatorisch macht...

Natürlich mußten auch bei dem neuen General-Motors-Vertrag von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Interessant ist noch, daß der Vertrag die Mitgliedschaft des Arbeiters in der Gewerkschaft nicht unbedingt obligatorisch macht...

Natürlich mußten auch bei dem neuen General-Motors-Vertrag von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

Die Lieferungen, die alle amerikanischen Ursprungs sind, werden bis spätestens Ende September 1950 in Österreich eintreffen...

Bis Ende April 1950 erhielt Österreich insgesamt 860 Tonnen Medikamente und Drogen...

Der Wert der bisher in Österreich eingelangten medizinischen und pharmazeutischen Präparate beträgt 3 400 000 Dollar...

